

ARBEITERLEITUNG

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Blutbad in Genf

Einsatz von Militär mit Maschinengewehren — 10 Tote, 40 Schwerverletzte

Genf, 9. November.

WTB. Die Union Nationale, eine bürgerliche Partei, die sich erst vor kurzem in Genf gebildet hat, veranstaltete am Mittwoch Abend in dem Gemeindesaal von Plainpalais eine Versammlung, um öffentliche Beschwörungen zu führen gegen die sozialistischen Nationalräte Nicol und Dicker. Unter denselben sprachen auf der Straße die Nationalräte Nicol und Trochet zu einer großen Menge.

Gegen 9 Uhr wurden von der Menge die Absperrungen durchbrochen, so daß die Polizei einschreiten mußte. Die Demonstration führte zu einem reinen Aufstand aus. Als die Kompanie der Infanterie, Kavallerie-Schule auf Ersuchen der Polizei eintraf, wurden die Soldaten angegriffen. Zahlreiche Rekruten wurden in die Menge hineingeworfen und geschlagen, die Gewehre wurden ihnen entrissen und auf dem Boden zerschlagen. Die Soldaten zogen sich nach dem Boulevard de Pont d'Arve zurück und schossen mit Maschinengewehren. Die Erregung steigerte sich immer noch und Lastwagen mit Maschinengewehrabteilungen werden herangeführt. Die Sanitäter bringen die Verletzten ins Krankenhaus.

Zehn Todesopfer

Genf, 10. November.

WTB. Die blutigen Zusammenstöße am Mittwoch Abend haben insgesamt 10 Tote und etwa 40 Verletzte gefordert. Im Laufe der Nacht trat der Genfer Staatsrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen.

Um 1 Uhr früh wurden die Gendarmerie- und Militärabteilungen von der Straße zurückgezogen.

Diese Meldung aus Genf muß in der ganzen Welt überraschen. Es ist in den letzten Monaten, ja seit Jahren nichts bekannt, was auf besonders zugespitzte politische Gegensätze in Genf schließen ließ. Wenn nun wie der Blitz aus heilem Himmel die Nachricht eintrifft, daß es infolge Massenprotestes gegen die Versammlung einer bürgerlichen Partei, es handelt sich hier wohl um eine Art faschistische Partei, zu einem dergleichen Blutbad kommen konnte, so ist uns schwer zu erkennen, daß einerseits die Empörung der Massen über die Auswirkungen der auch in der Schweiz verheerenden Krise ungeheuer groß ist, andererseits aber die herrschende Klasse und insbesondere die Polizei- und Militärgewaltigen die Gelegenheit benutzten, um in provokatorischer Form ihren blutigen Tatendrang freien Lauf zu lassen.

Die Vorgänge in Genf werden in der ganzen Schweiz große Empörung und Protestaktionen der gesamten Arbeiterklasse auslösen. Sie zeigen, daß die Zuspitzung der Klassengegensätze in der ganzen Welt und auch in der spießbürgerlichen Schweiz verschärfte Formen annehmen.

Demonstrationen im Haag

Haag, 9. November.

Die Zweite Kammer hat gestern mit der allgemeinen Aussprache über den Haushaltsplan für 1933 begonnen. Dieser Tag war von der Sozialdemokratischen Partei und vom Allgemeinen Gewerk-

schaftsbund zur Veranstaltung einer gemeinsamen Kundgebung ausgerufen worden, an der etwa 50000 Personen teilgenommen haben dürften. Für diese Kundgebung waren die Parolen ausgegeben: Abrüstung, Sozialisierung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Einführung der 40stündigen Arbeitswoche und steuerliche Sonderabgaben von Vermögen und großen Einkünften. Am Nachmittag wurde ein großer Umzug durch die Außenbezirke der Stadt veranstaltet. Das Betreten der Innenstadt, wo die Regierungs- und Parlamentsgebäude sind, war nicht gestattet worden. Auch hatte die Postverwaltung die Benutzung des Rundfunks und des staatlichen Telefonnetzes zur Verbreitung der größtenteils gegen die Regierung gerichteten Agitationsreden verboten.

Freiwilliger Arbeitsdienst auch in Holland?

Haag, 9. November.

Einer Meldung des „Vaterland“ zufolge ist in Holland die Bildung eines freiwilligen Arbeitsdienstes in Vorbereitung. Zu seiner Durchführung hat sich ein Arbeitsausschuß gebildet. Es soll beabsichtigt sein, dem von Deutschland in dieser Richtung gegebenen Vorbild zu folgen.

„Das Kabinett denkt nicht daran zurückzutreten“

Papen will mit den Parteiführern verhandeln

Berlin, 9. November.

CNB. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts wurden zunächst laufende Angelegenheiten besprochen. Unter ihnen war der wesentlichste Punkt das Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes. Präsident Syrup hat hierüber einen Vortrag gehalten, der zu dem Beschluß des Kabinetts führte, die Arbeitslager auch über den Winter fortbestehen zu lassen.

Dann hat sich das Kabinett in einer eingehenden Aussprache mit der innerpolitischen Lage beschäftigt. Die Aussprache ergab Einmütigkeit darüber, daß alles getan werden müsse, um zu einer nationalen Konzentration zu kommen.

Das Kabinett denkt aber nicht daran,
zurückzutreten.

Das gilt auch für einzelne Mitglieder des Kabinetts, über deren möglichen Rücktritt in den letzten Tagen falsche Gerüchte verbreitet worden sind. Im Gegenteil, ist die Reichsregierung entschlossen, weiter ihren Weg zu gehen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß in einer so schwierigen Situation, wie wir sie jetzt haben, keine Zeit für irgendwelche Experimente ist.

Das praktische Ergebnis der Aussprache ist, daß der Kanzler nun morgen dem Reichspräsidenten entsprechende Vorschläge für die Verhandlungen mit den Parteiführern machen wird. Die Aussprache mit den Parteiführern soll schon sehr bald stattfinden. Der Zeitpunkt wird auch morgen im Einvernehmen mit dem Herrn Reichspräsidenten festgesetzt werden. Sicher ist jedenfalls, daß

Finanzkatastrophe in Nazi-Mecklenburg

Rjesentehibetrag, Gehaltskürzungen, Schlachtsteuer

WTB. In der heutigen Sitzung des mecklenburgischen Landtages gab der nationalsozialistische Fraktionsführer Hildebrandt Aufschluß über die finanzielle Lage des Landes. Es sei mit einem Fehlbetrag von insgesamt 8,6 Millionen zu rechnen. Weiter wurde während der heutigen Landtagssitzung bekannt, daß die Regierung binnen kurzer Zeit die Schlachtsteuer auch in Mecklenburg einzuführen gedenke. Auch mit einer Gehaltskürzungsvorlage ist demnächst zu rechnen. Ministerpräsident Granzow hat sich heute nach Berlin begeben, um mit den zuständigen Stellen der Reichsregierung über die finanzielle Lage des Landes Mecklenburg zu verhandeln.

Die Konflikte in der NSDAP häufen sich

CNB. Wegen Differenzen mit seiner Kammerfraktion ist der nationalsozialistische Präsident der Landwirtschaftskammer Ostpreußens, von Buttler, zurückgetreten.

der Kanzler die Absicht hat, sich mit den Parteiführern erst über die Lage auszusprechen.

Außerdem werden in den nächsten Tagen auch Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder stattfinden, soweit sie zu den Sitzungen des Reichsrates in Berlin anwesend sein werden. Da der Reichsrat morgen zu sehr beschäftigt ist, werden diese Besprechungen frühestens am Freitag stattfinden. Mit den Problemen der Verfassungsreform und der Kontingentierungsfrage hat sich das Kabinett heute noch nicht beschäftigt können. Diese Dinge bleiben späteren Beratungen vorbehalten.

Preußischer Landtag bleibt passiv

Berlin, 9. November.

Der Präsident des Preussischen Landtags hat den Preussischen Pressedienst zu folgender Erklärung ermächtigt:

„Die von verschiedenen Seiten der Öffentlichkeit gemachten Mitteilungen über Einberufung des Preussischen Landtags sind zu mißverständlichen Deutungen geeignet. Zur Zeit beabsichtigt der Präsident noch nicht, den Landtag zusammenzuberufen. Er hält es für selbstverständlich, daß den Parteien zunächst nach der Reichstagswahl Gelegenheit zur Aussprache untereinander gegeben wird. Präsident Kerrl ist daher noch nicht schlüssig über den Termin zur Einberufung des Landtags und wird darüber in absehbarer Zeit Entschluß fassen.“

Gemeindevahlen in Sachsen

Die Illusionen, die in der Masse der deutschen Bevölkerung über die Wirkungsmöglichkeiten des Parlamentarismus vorhanden waren, sind, was den Reichstag betrifft, eigentlich erst im Sommer und Herbst 1932 gründlich zerstört worden. Es bedurfte des Anschauungsunterrichtes, der mit der zweimaligen Auflösung des Reichstages so anschaulich gegeben wurde, um auch den politisch weniger Geschulten die Machtlosigkeit des Reichsparlamentes vor Augen zu führen.

Bei den Gemeindevortretungen und Stadtparlamenten hat diese notwendige Klärung schon früher Platz gefunden. Allzu deutlich wurde es in den letzten Jahren, daß alle wichtigen Beschlüsse der kommunalen Abgeordneten in wachsender Maße praktisch bedeutungslos wurden. Durch die ununterbrochene, schließlich unermessliche Eingriffe der staatlichen Aufsichtsbehörden und durch die systematische Abdrosselung aller finanziellen Mittel, die die Gemeinden zur Erfüllung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben gebraucht hätten. Auf der ganzen Linie ist der Feldzug zur Zerschlagung der kommunalen Selbstverwaltung erfolgreich gewesen.

Trotz alledem wäre es falsch, kommunale Wahlen für bedeutungslos zu halten. Ihre Bedeutung liegt allerdings in der gegenwärtigen Situation nicht darin, daß die neu gewählten Gemeindevorsteher und Stadtverordneten das Schicksal ihrer Gemeinde wesentlich beeinflussen könnten. Diese Möglichkeit besteht höchstens im Negativen: durch die Verhinderung ausgesprochen reaktionärer, insbesondere nationalsozialistischer Mehrheiten können besondere Schäden und Nachteile von den Gemeinden ferngehalten werden.

Aber so wichtig das ist und so sehr die Sozialistische Arbeiterpartei in den zahlreichen sächsischen Gemeinden, in denen sie sich an der Wahl beteiligt, versucht hat, durch die Forderung einer Arbeiterliste oder, wo das nicht zu erreichen war, durch Listenverbindung diesem Ziele zu dienen — das Entscheidende ist nicht der besondere Sinn dieses kommunalen Wahlkampfes ist vielmehr, ein gutes Stück Arbeit zur Klärung in den Massen des Proletariats, zur Ueberwindung der in der Arbeiterschaft verbreiteten politischen Irrtümer und zur Aktivierung der Arbeiterklasse zu leisten. Unter diese Gesichtspunkte haben wir als SAP in Stadt und Land unseren Wahlkampf gestellt.

Das Gebiet der kommunalen Politik ist im besonderen Maße geeignet, der Arbeiterschaft bei der Lösung der oben genannten Aufgaben zu helfen. Nirgends spüren auch die nicht unmittelbar politisch interessierten Menschen so deutlich die Auswirkungen verfehlter Politik wie in ihrer Gemeinde, ihrem Wohnort, ihrem Lebenskreis. Hier sehen sie am nächsten den Haß des Bürgertums gegen alle Einrichtungen, die geeignet sein könnten, das traurige Los des Proletariats und seiner Familie in der kapitalistischen Gesellschaft etwas zu erleichtern. Haß gegen gesunde Arbeiterwohnungen, gegen Volksbäder und Arbeitersportplätze, gegen moderne Volksschulen, gegen soziale Hilfs-einrichtungen aller Art. Es ist verständlich, daß die reaktionären Kreise jetzt im Rahmen der „Verfassungsreform“ ein Klassen-

wahlrecht für die Gemeindeparlamente einführen wollen, um auch das Letzte von dem zu vernichten, was sich die Arbeiterschaft in den Jahren der Nachkriegsblüte des Kapitalismus in den Gemeinden schaffen konnte.

Hier, in den Gemeinden, offenbart sich auch der verlogene Charakter der nationalsozialistischen Politik am deutlichsten. Im Reichstag und in den Landesparlamenten haben sie oft die Möglichkeit, durch demagogische Manöver einer klaren Stellungnahme auszuweichen. In den Gemeinden, unmittelbar unter den Augen ihrer Wähler, müssen sie dort, wo sie die Mehrheit oder wenigstens einen Teil der Mehrheit stellen, klar Farbe bekennen. Darum spricht die nationalsozialistische Praxis in diesen Gemeinden (Musterbeispiel Koburg) besonders deutlich gegen die NSDAP.

Nicht minder wichtig ist die Klärung in den Reihen der Klassenbewußten Arbeiter selbst, die Überwindung der politischen Irrtümer und Fehler proletarischer Politik. Auch dafür bietet die Kommunalpolitik besonders deutliches Anschauungsmaterial.

Der Reformismus hat gerade auch in der Vernichtung der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Sozialleistungen als getreuer Helfer der Kapitalistenklasse gewirkt. Die Vernichtung der kommunalen Finanzen geht auf die Zeit des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding zurück, die Zerschlagung der kommunalen Selbstverwaltung wurde in Preußen durch Severing „vorbildlich“ fürs ganze Reich besorgt. In Sachsen wurden die im Jahre 1923 unter der Regierung Zeigner geschaffenen Grundlagen einer wirklichen Gemeindeförderung bereits 1925 wieder vernichtet — und zwar mit Hilfe jener „Altsozialisten“, die jetzt wieder mit allen Ehren Mitglieder der SPD sind und zum ersten Male wieder als Sozialdemokraten an einem sächsischen Gemeindevorstand teilnahmen. Auch in der kommunalen Praxis sind die Reformisten gerade die Schrittmacher der Reaktion gewesen; man denke nur an die „mustergültig“ unsoziale Finanzpolitik des „roten“ Oberbürgermeisters von Freital dessen Handlungsweise so vielen bürgerlichen Stadtoberhäuptern und Stadträten zur Rechtfertigung und als Abwehrschild gegen proletarische Kritik gedient hat. Schließlich darf die sozialdemokratische Personalpolitik nicht vergessen werden, die in einer abstoßenden Cliquenwirtschaft einträgliche Pfünden verteilte, wesentliche Teile der reformistischen Organisationen korrumpierte und zahlreiche Gesinnungslumpen groß werden ließ, wofür der Fall Bühner in Dresden ein krasses, aber nicht das einzige Beispiel ist.

Doch auch die Fehler des ultralinken Kurses der KPD zeigen sich in der Gemeindepolitik mit aller Deutlichkeit. Gerade in Anknüpfung an die unmittelbaren Lebensfragen der werktätigen und notleidenden Massen wäre es möglich und notwendig, weit über die Kreise der bereits sozialistisch orientierten hinauszustreifen, praktische Einheitsfrontpolitik zu treiben und der revolutionären Partei die Führung der Arbeiterklasse zu erobern. Nichts von alledem ist der KPD gelungen. Gerade bei den Gemeindevorständen ist die Stimmenzahl, die sie erreicht, durchweg weit geringer als die Zahl ihrer Anhänger bei politischen Wahlen, was immerhin ein Maßstab ist für die Beurteilung, die ihre kommunale Politik bei den Massen findet. Aber noch schlimmer ist es, daß sie fast nirgends in den Gemeinden außerparlamentarische Aktionen mit Erfolg auslösen und durchführen konnte und daß sie jetzt durch ihre sture Ablehnung der ihnen von SPD und SAP angebotenen Listenverbindung dem Gedanken der Einheitsfront erneut einen schweren Schlag versetzt hat. Auch im Kampf gegen den Nationalsozialismus hat die KPD auf der ganzen Linie versagt.

So bietet sich für die Sozialistische Arbeiterpartei auch im kommunalpolitischen Kampf ein wichtiges Betätigungsfeld, so hat sie auch hier Aufgaben zu lösen, die ihr von keiner anderen Partei abgenommen werden. Darum beteiligt sich die SAP in Sachsen, wo sich unsere Genossen bereits in zahlreichen Gemeindeparlamenten im proletarischen Sinne bewährt haben, mit aller Kraft an diesen Gemeindevorständen. Unser erster Vorschlag war überall die Bildung einer einheitlichen antifaschistischen Arbeiterliste; infolge der Haltung der SPD — wie der KPD-Bürokratie ist dieses Ziel allerdings nur in wenigen Orten verwirklicht worden. Unser Wille, auf diese Weise alle proletarischen Energien zur Abwehr von Nazi-Mehrheiten zusammenzureißen und den Gedanken der Einheitsfront durch gemeinsame Aktionen zu fördern, wird trotz

Immer noch „Arzt am Kapitalismus“

„Helfen können wir nicht, aber — wir haben schöne Pläne“

„Durch Schaden wird man klug“, oder „Gebrannte Kinder fürchten das Feuer“. Diese volkstümlichen Sprichworte haben offensichtlich für die obere sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie keinerlei Gültigkeit. Bei ihr muß man leider feststellen, daß sie nach einem anderen Sprichwort, „Mancher begreift's nie“, mit einer geradezu selbstmörderischen Beharrlichkeit an ihrer durch die Tatsachen als vollkommen falsch bewiesenen Politik und Taktik festhalten.

Nimmt man die Schriftleiter der „Gewerkschaft“, Organ des Gesamtverbandes, der unverbesserliche Staatspolitiker und Reformist Dittmer zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen Stellung. Hören wir, was er für Weisheiten verzapft. Er behauptet, daß die Sozialdemokratie wiederum 730.000 Stimmen verloren habe, das sei „deshalb sehr bedauerlich, weil wir in ihr die beste (!), in der Zeit die einzige (!) parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften erblickten und weil ohne eine Sozialdemokratie ein geordnetes Funktionieren des Reichstages (!) kaum denkbar ist.“ (Das „gute Funktionieren des Reichstages“ ist die größte Sorge dieses Mannes.) Aber eine Hoffnung ist dem guten Mann geblieben. Er schreibt:

„Die besinnliche (!) und zielklare Politik der Gewerkschaften hat nach wie vor in der Sozialdemokratie politisch und parlamentarisch ihre starke Stütze mit 121 Abgeordneten... Das deutsche Volk leidet unter der Wirtschaftskrise in unerhörtem Maße. Der gewissenhafte Arzt — die Sozialdemokratie — kann ihm keine Wundermittel verschreiben, das es aus der unmittelbaren Weltwirtschaftskrise in einen Zustand der Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft führen könnte. Wir als ehrliche Politiker wissen nur Linderungsmittel, darüber hinaus aber haben wir genügende Wirtschaftspläne (!) aufzuweisen... Aber gegenwärtig verlangt der Schwerkranke ein Wundermittel, das ihn schnell kurieren

soil, und so ist es erklärlich, daß Kurpfuscher und Gesundheitsbetrüger auf den Patienten einwirken können.“

Dieser unverbesserliche Reformist merkt offensichtlich selbst nicht, wie er hier die Hilflosigkeit und den Bankrott der ganzen von ihm vertretenen SPD-Politik dokumentiert und lächerlich macht. Sowohl die SPD gleicht dem unfähigen — nicht gewissenhaften, sondern gewissenlosen — Arzt, der bei einer tödlichen Erkrankung mit Hoffmannstropfen, welcher Salbe und frommen Zusprüchen für die Zukunft kurieren will, wo nur eine entschlossene Operation helfen kann. Ja, die wirtschaftlichen Verhältnisse verlangen vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus — zwar nicht ein Wundermittel — aber eine radikale, einen scharfen operativen Schnitt, d. h. nicht anderes als die Revolution, den revolutionären Akt zum Sturz des Kapitalismus. Nur dadurch ist eine Gesundung — nicht der kapitalistischen Wirtschaft —, sondern der wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiterklasse und die große Mehrheit der Bevölkerung, der Sozialismus möglich.

Weil das die Sozialdemokratie und der ganze Troß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nicht begreifen will oder, soweit es bei einzelnen Reformisten zu dämmern beginnt, nicht durchführen, sondern verhindern wollen, deshalb werden sie zum Verräter an der Arbeiterklasse, deshalb verliert die SPD bei jeder Wahl viele Hunderttausende von Arbeiterstimmen, deshalb auch das Schwenden des Vertrauens der Massen zu den Gewerkschaften, deshalb das gegenwärtige Übergewicht der Kapitalisdiktatur und das freche Auftreten der schwärzesten Reaktion.

Für die Arbeiter gibt es daraus nur die eine Lehre: Schluß mit den Ärzten am Kapitalismus. Schluß mit diesen Kurpfuschern und Schaffung einer wirklich revolutionären Führung der Gewerkschaften und aller proletarischen Massenorganisation, die nicht Arzt, sondern Totengräber des Kapitalismus ist.

Provozierende Zuchthaus-Urteile

Berlin, 9. November.

Das Berliner Sondergericht verhandelt seit gestern über Straftaten, die beim Berliner Verkehrstreik begangen wurden. Heute nachmittag hatten sich die Schlosser der BVG, Alfred Zander und W. Lösche, sowie der Arbeiter Paul Bratengeier dafür zu verantworten, daß sie in der Nähe des Treptower Depots am 4. November vorüberfahrende Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen hätten. Zander und Lösche waren geständig, Bratengeier bestritt seine Mitwirkung. Polizeibeamte bekundeten aber, daß sie ihn werfen gesehen hätten. Sämtliche Angeklagten erhielten wegen vollendeter Transportgefährdung je zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte lediglich 1½ Jahre Zuchthaus wegen Landfriedensbruchs und versuchter Transportgefährdung beantragt.

Vorher wurde ein nationalsozialistischer Straßenbahner, lediglich auf Grund von zweifelhaften Aussagen eines Zeugen, der ihn aus der Menge heraus erkannt und gesehen haben will, wie er Steine geworfen hätte, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Massenprotest der ganzen Arbeiterklasse gegen diese Justizbarbarei muß die Antwort sein. Sofortige Aufhebung der Sondergerichte und Freilassung ihrer proletarischen Opfer!

Furchtbares Zuchthausurteil in Greifswald

Greifswald, 9. November.

Nach vierzehntägiger Verhandlung wurde gestern im Greifswalder Landfriedensbruchprozess das Urteil gefällt. Der Verhandlung lagen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten am 17. Juli vor den

des Widerstandes, der sich dagegen bemerkbar macht, auch für die Zukunft bestehen bleiben.

Zum 13. November treten wir nunmehr in zahlreichen Orten mit eigenen Listen der SAP auf. Um die Verwertung aller proletarischen Stimmen zu ermöglichen, haben wir überall der SPD und der KPD Listenverbindung angeboten. Die KPD hat dies, auf Weisung von oben, generell abgelehnt, während die SPD örtlich und bezirklich verschieden geantwortet hat. Auf jeden Fall ist durch dieses Verhalten der SPD wie der KPD gegenüber

Baracken an der Loitzer Landstraße zugrunde. Das Schwurgericht verurteilte die Hauptangeklagten Arbeiter Peters und Behrens wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Gewalttätigkeiten und Waffenmißbrauch zu je zehn Jahren Zuchthaus, den Barackenbewohner Simsch zu acht Jahren Zuchthaus und die Arbeiter Drespe und Tenner zu sechs bzw. fünf Jahren Zuchthaus. Zehn Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von einem Jahre sechs Monaten bis herab zu drei Monaten. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

36 Jahre Zuchthaus

In dem gegen 24 holsteinische Kommunisten vor dem Sondergericht in Altona geführten Prozess wegen Erschießung des SA-Mannes Peter Kölln aus Itzehoe, die in der Nacht nach der Reichspräsidentenwahl erfolgt war, wurde heute mittags das Urteil verkündet. Sechs Kommunisten wurden zu insgesamt 36 Jahren Zuchthaus verurteilt, davon die Kommunisten Hildebrandt und Rieger, die mit Militärgewehren geschossen hatten, zu je zwölf Jahren bzw. zehn Jahren zwei Monaten Zuchthaus. Bei 16 Angeklagten kam das Gericht zur Freisprechung.

Furchtbare Strafanträge in Bremen

WTB. In dem Prozess gegen die neun kommunistischen Urheber des Sprengstoffanschlags vom 10. Juli in Grambke, dem der Polizeioberwachmeister Talle zum Opfer fiel, beantragte der Staatsanwalt gegen den Hauptangeklagten Foerster zwölf Jahre Zuchthaus, gegen die sieben weiteren Angeklagten Zuchthausstrafen von sechs bis zehn Jahren und für einen Angeklagten Freispruch.

unsere Forderungen auf Arbeiterliste und Listenverbindung klargestellt, daß nur die SAP ehrlich und vorbehaltlos dem Gedanken der proletarischen Einheitsfront dient.

Wir haben darum und angesichts des katastrophalen Versagens der SPD und der KPD das Recht und die Pflicht, alle Werktätigen aufzurufen, mit ihrer Stimmabgabe für die Listen der SAP sich zu bekennen zur Einheitsfront des Proletariats und zum außerparlamentarischen Kampf mit dem Ziel der revolutionären Überwindung des kapitalistischen Systems.

Sozialistische Stimmen in USA versechsfacht

New York, 9. November.

Die Gegner der Prohibition rechnen mit mehr als 300 Stimmen im Repräsentantenhaus und 50 Sitzen im Senat. Damit wäre die für eine Änderung des Prohibitionsgesetzes notwendige Zweidrittelmehrheit im Unterhaus zwar vorhanden, im Senate dagegen nicht.

Stark beachtet wird das Anwachsen der sozialistischen Stimmen. Die Sozialisten dürften auf eine Gesamtstimmenzahl von 1½ Millionen kommen, während sie im Jahre 1928 nur eine Viertelmillion Stimmen auf sich vereinigen.

472 gegen 59

New York, 9. November.

WTB. Wie nunmehr endgültig feststeht, erhielt von den 531 Wahlmännerstimmen Roosevelt 472 und Hoover 59.

Zollkrieg Englands gegen Irland

Nette Zustände haben sich zwischen England und Irland herausgebildet, obwohl sie beide dem „einigen“ Großbritannien angehören. Offenbar aus Rache für die „Widerspenstigkeit“ der irischen Regierung den Eid auf den König von England zu leisten und ähnlicher Oppositionsakte will die englische Regierung mit dem königstreuen „Sozialisten“ Macdonald an der Spitze mit Gewalt alte Schulden Irlands an England eintreiben. Zu diesem Zweck wurden schon im Juli d. J. regelrechte Kriegsschiffe auf alle Waren aus Irland eingeführt. Jetzt hat die englische Regierung diese Zölle auf 30 bis 40% des Wertes erhöht, was praktisch auf eine Einfuhrsperre gegenüber irischen Waren hinausläuft.

Meuterei in der australischen Kriegsflotte

Melbourne, 9. November.

Zweihundert Seeleute der königlich australischen Flotte verließen gestern Abend ihre am Pier vertäuten Kriegsschiffe und hielten an Land eine Protestversammlung gegen die aus Sparsamkeitsgründen angeordnete Herabsetzung der Löhne ab. Nachdem ein Wohlfahrtsausschuß gebildet worden war, gingen sie wieder an Bord zurück. Einige der Redner erklärten in der Versammlung, wenn die Beschwerden nicht berücksichtigt werden würden, so würden die dreitausend von der Lohnungsverminderung betroffenen Seeleute einen weitgehenden Schritt tun.

Weltarbeitslosigkeit steigt

Prag, 9. November.

Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der Arbeitslosen in der tschechoslowakischen Republik Ende Oktober 524 171 gegen 486 935 Ende September.

Wien, 9. November.

In der zweiten Oktoberhälfte ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen um rund 12 500 auf 297 791 gestiegen.

Heftige Kämpfe in der Mandschurial

London, 9. November.

Daily Telegraph meldet aus Mukden: Zwischen chinesischen Freischärlern und japanischen Truppen sind heftige Kämpfe ausgebrochen. Bei Schuangtschengpu nördlich von Chabin stehen die Japaner im Kampf mit 3000 Chinesen. Japanische Artillerieverstärkungen sind abgegangen. Die Stadt Schuangtschengpu ist geplündert und ungefähr hundert Häuser sind niedergebrannt worden. Der Eisenbahnverkehr in diesem Bezirk ist unterbrochen.

Bolivien und Paraguay verhandlungsbereit

Genf, 9. November.

WTB. Der Vorsitzende des Völkerbundesrates hat von der Neutralen Kommission in Washington ein Telegramm erhalten, worin mitgeteilt wird, daß Bolivien und Paraguay sich bereit erklärt haben, in Verhandlungen zur Beilegung der Streitigkeiten einzutreten.

Vor dem Abschluß des Badischen Konkordats

CNB. Wie verlautet, hat das badische Staatsministerium beschlossen, den badischen Kultusminister zu beauftragen, den Konkordatsentwurf des badischen Staates mit dem Heiligen Stuhl im Auftrage des Kabinetts dem Landtag baldigst vorzulegen.

Kleine Nachrichten

Königsberg, 9. November.

CNB. Der kommissarische Oberpräsident, Regierungspräsident a. D. Dr. Kupscher, ist zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ernannt worden.

Managua, 9. November. Bei der Präsidentschaftswahl in Nikaragua wurde der liberale Kandidat Sacasa mit großer Mehrheit gewählt. Der neugewählte Präsident tritt sein Amt am 1. Januar 1933 an. Die Wahl ist im ganzen Lande ruhig verlaufen.

Unterbezirksvorstand Meissen der SPD gegen gemeinsame Arbeiter-Listen!

Volkszeitung Meissen im Nazistil!

Anfang September wandte sich unsere Ortsgruppe Nünchritz-Merschwitz an die Ortsvertrauensleute der SPD in den Orten Nünchritz, Glaubitz, Merschwitz und Leckwitz mit dem Vorschlag, zur Gemeindeverordnetenwahl am 13. November in diesen Orten gemeinsame Listen (KPD kommt hier als Organisation nicht in Frage) aufzustellen. Der große Teil der SPD-Genossen war zu nächst unserem Vorschlag durchaus nicht abgeneigt. Lediglich der Gruppenvorstand in Glaubitz wollte von Anfang an von unserem Vorschlag nichts wissen, führte sogar in der Volkszeitung die Öffentlichkeit bewußt irre, indem man schrieb, es sei zu verurteilen, daß die SAP in Glaubitz eine eigene Liste bringe! Erst auf ein von uns herausgegebenes Flugblatt das den wahren Sachverhalt darlegte bequimte man sich zu einer immerhin noch reichlich verschleierte Richtigstellung. In Nünchritz, Merschwitz und Leckwitz hingegen fanden gemeinsame Besprechungen statt, die wohl am erfolgversprechendsten in Leckwitz waren. Hier hatte man bereits eine gemeinsame Liste fertig.

Doch man hatte die UB-Leitung Meissen der SPD nicht in Rechnung gestellt. Anfang Oktober faßte nämlich der UB-Vorstand, dem unsere an die einzelnen Orte gerichteten Schreiben vorgelegen hatten, den Beschluß (wörtlich): Eine gemeinsame Kandidatenliste kommt auf keinen Fall in Frage! Wenn örtlich notwendig wird Listenverbindung zugelassen.

Damit hatten sich natürlich unsere Bemühungen erledigt, denn ein UB-Vorstand faßt ja naturgemäß seine Beschlüsse für den ganzen Unterbezirk. Was er für Glaubitz z. B. verbietet, kann er nicht gut dem Nachbarort Nünchritz gestatten. Es ist daher unehrlich, wenn die Nünchritzer SPD-Genossen, als wir nach Kenntnis des SPD-Beschlusses auch hier die weiteren Verhandlungen als zwecklos abbrachen, nun so tun, als wäre in Nünchritz doch eine gemeinsame Liste möglich gewesen. Das beste Beispiel zeigt ja Leckwitz, wo die SPD auch nach dem Beschluß des UB-Vorstandes Meissen alles versucht hat, doch eine gemeinsame Liste mit uns aufstellen zu dürfen. Vielleicht erkundigen sich die SPD-Genossen von Nünchritz einmal beim Gen. Schmidt in Leckwitz, was man diesem Genossen in Meissen wegen der Durchführung von UB-Beschlüssen gesagt hat!

Nach dem Verbot gemeinsamer Listen durch Meissen haben wir natürlich nunmehr von uns aus in den vier Orten eigene Listen aufgestellt. Sehr erfreut scheint man bei der SPD vor allem in Nünchritz, nicht darüber zu sein. Schon jetzt bereitet man sich dort, trotz der Versicherung, den Wahlkampf sachlich zu führen, auf einen rein persönlichen Wahlkampf vor. So wird schon eifrig die bereits vor Monaten einmal in der Volkszeitung kolportierte Lüge wieder aufgewärmt, SAP-Genossen (jetzt sind es schon zwei, während vor einigen Monaten nur Gen. Hesse der Uebeltäter gewesen sein sollte) hätten öffentlich geäußert, die SAP wolle in Nünchritz die rote Mehrheit beseitigen und den Bürgerlichen zur Mehrheit verhelfen! Diese demagogisch verdrehte Wiedergabe eines Privatgespräches kurz vor oder nach Weihnachten 1931 (!) hat ihren Urheber in dem einstigen „linken“ Max Matthes, der aber heute wegen möglicher „Chancen“ recht linientreu geworden ist.

Berlin! Berlin!

Auf Grund des Burgfriedens muß unsere Novemberkundgebung, die am 13. November im „Baylon“ stattfinden sollte, leider verschoben werden. Sie findet daher am 20. November (Totensonntag) wie bekanntgegeben, statt. Die Karten behalten ihre Gültigkeit.

Das nur nebenbei! Wie die Arbeit dieser reinen SPD-Mehrheit in letzter Zeit aber vielfach ausgesehen hat, verschweigt des Sängers Höflichkeit. Es sind nicht nur SAP-Anhänger, die über eine solche „sozialistische“ Arbeit unzufrieden und empört sind! Wenn dann solche mit Recht unwilligen Arbeiter aller Parteirichtungen (auch der SPD!) einmal äußern, daß bei solcher Politik zu befürchten steht, daß die Linksmehrheit verloren gehen kann, dann fälscht man in bekannter Weise diese Besorgnis vieler, nicht nur SAP-Arbeiter, um den Bestand der Arbeitermehrheit in obengezeigter Weise um, damit so ein Wahlschlag gegen die bösen Spalter herauskommt! Wir erinnern aber in aller Ruhe nur einmal daran, daß selbst alle SPD-Gen. Hermann Mende, der ein Menschenalter ehrlich für die Arbeiterschaft mitgearbeitet hat, aus Verdruf darüber, was jetzt in Nünchritz alles möglich ist, sich vor einigen Monaten völlig zurückgezogen hat! Das Warum liegt auf der Hand! Wir erinnern weiter nur andeutungsweise an den Fall Zill! Als gegen diesen SPD-Bürgermeister Verfahren verschiedener Art schwebten, konnte die SPD nicht schnell genug eine Einwohnerversammlung einberufen, um Zill nach Strich und

Faden zu vermöbeln und ihn so möglichst von sich abzuschnüdeln! Und heute? Zill ist, wohl besonders auf das Betreiben des Lagerhalters Eichler (über den wir hier rücksichtsvoll schweigen wollen!) von der SPD aus „finanziellen Gründen“ wieder gewählt worden und heute die größte Ortskanone der SPD!! Wehe aber dem, der so etwas nicht versteht! Er muß es sich u. U. gefallen lassen, in der Volkszeitung als Schädling und Verbrecher an der Arbeiterschaft bezeichnet zu werden!

Wir haben noch mehr solche Blüten „sozialistischer“ Kommunalpolitik auf Lager, die im Interesse der Arbeiterbewegung auch bereinigt werden müssen, wenn nicht Hunderte von Proletariern aus Verärgerung dem Klassengegner in die Hände getrieben werden sollen! Wenn man uns vorhält, wir seien nur verärgert, besonders unser Vorsitzender, so ist dieser Einwand zu abgegriffen und so oft widerlegt, als daß er noch Zugkraft hätte. Aber man soll nicht dauernd auf uns herumreiten und dann lammern, wir wollen doch dasselbe! Unser Kampf gilt in erster Linie dem Klassengegner, was aber nicht heißt, daß wir uns jede Anpöbelelei der verbürgerlichten SPD-Größen lammgeduldig gefallen lassen müssen! Wo ist denn der „ausschließliche Kampf der SPD gegen rechts“, wenn man heute schon großspurig von Seiten des SPD-Vors. Grille (Spitzenführer, einflußreich bei Vergabe von Arbeiten bei Gemeindefbauten usw.) ein Flugblatt gegen die SAP mit der Lüge von der „SAP, die die rote Mehrheit beseitigen will“ angekündigt wird? Wir fürchten diesen Wisch nicht, weil wir die Absicht kennen: Man will uns, falls durch die vielfach unsozialistische Politik der SPD-Fraktion in den letzten Jahren diese Partei Mandate einbüßen und dadurch eine andere Mehrheit kommen sollte, als

Sündenbock gebrauchen! Die Spalter sind schuld!

Ähnlich liegen die Dinge in Glaubitz, wo es der SPD noch nie trotz starker Arbeiterschaft gelungen ist, die Mehrheit länger als eine Wahlperiode zu erhalten! Geht sie diesmal durch die feine Politik der Herren Zenker-Wackwitz usw. verloren, so sind auch wir die Schuldigen! Die Wählermethoden von sich aus beizeiten durchschauen, darüber sind wir uns klar. Auch das wird kaum ziehen, wenn man z. B. in Nünchritz verbreitet, unser Gruppenleiter, Gen. Joseph Merschwitz, würde nächsten den Ort wechseln, um zu den Nazis überschwenglich zu können! Pfui Teufel über solche Verleumder! Seltsam nur, daß vor kurzem erst ein führender Genosse der SPD aus Nünchritz unserem Genossen J. folgenden Vorschlag machte: J. solle sich doch mit um eine offene Lehrerstelle in Nünchritz bewerben, damit er dann dort zum Schulleiter gewählt werden könne! Wie reimt sich das alles zusammen?

Wir gehen in allen Orten getrost in den Gemeindevahlkampf. Wir wollen dadurch vor allem den vielen, durch die SPD-Politik müde und gleichgültig gewordenen Arbeitern, die es auch in unseren Orten gibt, zeigen: Es gibt noch eine Partei, der es mit ihrem Kampf für den Sozialismus ernst ist!

Erfreuliches kann zum Schluß noch aus dem kleinen, zu unserer Gruppe Nünchritz gehörenden Orte Goltzscho berichtet werden. Hier ist es trotz Meissen möglich gewesen, eine überparteiliche Liste aller kleinen Hausbesitzer und Mieter aufzustellen, an deren Spitze unser Genosse Wagner steht.

Kommunalpolitisches aus Heidenau zur Gemeindewahl am 13. November

Die bevorstehende Gemeinderatswahl findet unsere SAP-Ortsgruppe in einer verhältnismäßig günstigen Situation. Sowohl in der KPD als auch in der SPD sind starke persönliche bzw. politische Differenzen vorhanden. Das wird einmal dadurch bewiesen, daß in der SPD von den alten Gemeindeverordneten nur vier an aussichtsreicher Stelle stehen. Und zum anderen sind auch in der KPD die gleichen Zustände zu verzeichnen. Hier sind z. B. die Genossen Günther und Hoffmann offenbar aus politischen Gründen in der Vergangenheit verschwunden. Auch der Genosse Pfeifer, der immer rückhaltlos die politische Linie der KPD verteidigte, ist plötzlich zum Erstaunen der Heidenauer Arbeiterschaft vor kurzem aus der KPD ausgetreten. An ihrer Stelle befinden sich Genossen, die in keiner Hinsicht geeignet sind, die Interessen der Arbeiterschaft richtig vertreten zu können.

In der Fraktion der SPD nagte seit Jahren der Wurm. Die Fraktion zerfiel in vier bis fünf Richtungen. Die Ursache dieses Richtungskampfes war der Bürgermeister Gröger, der in keiner Weise dem Anschein der Arbeiterschaft gedient hat. Ein Antrag auf Ausschluß des Bürgermeisters Gröger aus der SPD ist von Partei- zu Parteinstanz getrieben worden, mit dem Ergebnis, daß Gröger eine Rüge erhielt und sein unproletarisches Verhalten weiter fortsetzte. Nicht nur in persönlicher Hinsicht, sondern auch in politischer waren starke Differenzen zwischen der sozialdemokratischen Partei und dem Bürgermeister vorhanden. Der frühere Spitzenkandidat und spätere Stadtverordneten-Vorsteher Genosse Drechsler wurde vor Jahresfrist ein Opfer der persönlichen Differenzen in der SPD. Während Bürgermeister Gröger vor kürzerer Zeit aus der SPD „gegangen“ wurde, weil er für die SPD eine zu starke Belastung darstellte. Leider ist die vollständige Verbürgerlichung kommunalpolitischer Spitzenfunktionäre der SPD keine Seltenheit.

Die SPD schreibt bei der Veröffentlichung ihrer Kandidatenliste, daß sie Volksgenossen präsentiere, die ihr Ziel vor Augen haben und über kommunalpolitische Erfahrungen verfügen. Soweit die kommunalpolitische Erfahrung in Frage kommt, handelt es sich um vier Genossen, während die anderen bis dato einem Gemeindeparlament noch nicht angehört haben. Wer außerdem die internen Verhältnisse der SPD kennt, und vor allem die Vergangenheit des Landtagsabgeordneten Heide und des Gruppenvorsitzenden der SPD A. Schwenke, der kann sich von vornherein schwer vorstellen, wie künftig eine ersprießliche Arbeit entstehen soll. Denn es liegt noch nicht lange zurück, als der Spitzenkandidat der SPD Paul Heide in seiner Eigenschaft als Kontrolleur des Konsumvereins Vorwärts gegen den zweiten Kandidaten Schwenke gerichtlich vorging, um diesen als Lagerhalter aus dem Konsumverein zu entfernen. Das Vorgehen Heides war schließlich auch von Erfolg gekrönt; nicht nur, daß er Schwenke aus Lohn und Brot

brachte, sondern Schwenke wurde auf das Betreiben von Heide als Mitglied aus der Konsumgenossenschaft ausgeschlossen, und heute: In den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und vor Freude!

Die politische Zielsetzung der SPD in der Gemeindeverwaltung und die hier kurz skizzierten Spitzenkandidaten werden zusammenwirken, um die Einheitsfront der Arbeiterschaft nicht zustandekommen zu lassen. Es kommt deshalb für einen denkenden Arbeiter die Liste der SPD nicht in Frage.

Wie steht es nun mit der KPD-Liste? Hier haben wir offenbar aus politischen Gründen die gleiche Entwicklung wie bei der SPD zu verzeichnen. Die Genossen, die tatsächlich in der Kommunalpolitik Erfahrungen gesammelt haben, sind zum allergrößten Teil ausgeschieden. Und die Kandidaten, die jetzt von der KPD der Heidenauer Arbeiterschaft präsentiert werden, gelten ausnahmslos als 100-prozentig linientreu, d. h. daß sie praktisch in ihrer Tätigkeit auch den leisesten Ansatz einer sich herausbildenden Einheitsfront der Heidenauer Arbeiterschaft zerschlagen werden. Denn alle Kandidaten stehen hinter der Parole der KPD, nur unter ihrer Führung solle die Arbeiterschaft den Sozialismus verwirklichen. Die Praxis hat aber gelehrt, daß gerade diese Politik die außerparlamentarische Aktionsunfähigkeit zur Folge hat.

Die SAP hat an ihrer Spitze den Genossen Meichsner als ehemaligen kommunalpolitischen Verhältnisse in Heidenau aus Erfahrung und wird deshalb der geeignetste Vertreter der Heidenauer Arbeiterschaft sein. An zweiter Stelle steht Genosse Glaeser, der am heftigsten von der SPD als ehemaliger zweiter Gruppenvorsitzender der SPD befördert wird. Die dritte Stelle hat Genosse Schlicke, Unterbezirksleiter der Freidenker.

An 4. Stelle steht Genosse Paul Schneider, Vorsitzender der Naturfreunde.

An 5. Stelle Oskar Sommer, Hauptkassierer im Zentralverband der Arbeitsinvaliden.

An 6. Stelle Walter Ebert, Funktionär des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

An 7. Stelle Alfred Lieder, Funktionär des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

An 8. Stelle Kurt Müller, Funktionär der Volksgesundheit.

An 9. Stelle Kurt Scheffler, Funktionär des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

An 10. Stelle Rudi Richter, langjähriger Funktionär in der Arbeiterbewegung.

Die SAP betrachtet die Beteiligung an der Gemeindevahl mit eigener Liste als ein politisches Druckmittel auf die

KPD und SPD. Denn gerade die Bemühungen um die Listenverbindung in Heidenau sind trotz einstimmigen Beschlusses des Sportkartells, in dem die Funktionäre der SPD und KPD vertreten waren und eine Listenverbindung wünschten, gescheitert. Die KPD hat in einem überheblichen Schreiben abgelehnt, und die SPD, obwohl sie im Landtagsmandat eine Listenverbindung wünscht, hat auf unser Schreiben bis heute geschwiegen, d. h. also praktisch gleichfalls abgelehnt.

Die SAP betrachtet auch die Gemeindevahl als Anlaß, die Schaffung der außerparlamentarischen Einheitsfront als Voraussetzung erfolgreichen Kampfes, vorwärts zu treiben. Wer wirklich die einheitlich handelnde Arbeiterklasse will,

**wählt deshalb Liste
Meichsner — Glaeser —
Schlicke!**

Die SAP im UB Dresden Zur Gemeindewahl am 13. November

Im Unterbezirk Dresden beteiligt sich die SAP in folgenden Orten mit eigenen Listen: Brand-Erbisdorf, Gohlitz, Glaubitz, Heidenau, Merschwitz, Nünchritz, Rabeboul.

In Wendischfähre und in Königstein ist eine Arbeiterliste zustande gekommen. In Wendischfähre ist Spitzenkandidat unser Genosse Erich Pfeifer, in Königstein unser Genosse Paul Schiller.

In Goltzscha bei Riesa ist eine überparteiliche Liste aller kleinen Hausbesitzer und Mieter zustande gekommen, an deren Spitze unser Genosse Wagner steht.

Eibenstock

Klassengenossinnen und Klassengenossen! Die SAP hat seit ihrem Bestehen gezeigt, daß sie als ihre dringendste Aufgabe die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront sieht. Auch zu der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl setzte sie sich dafür ein, daß KPD, SPD und SAP eine gemeinsame Arbeiterliste aufstellen, um damit praktisch ihren Willen zur Einheit zum Ausdruck zu bringen. Wiederrum scheiterte unser Vorhaben an dem sturen Parteigegensatz der SPD und KPD. Selbst eine Listenverbindung, die doch keinerlei politische Bindung hat, wurde von beiden Parteien, auf Drängen der Parteibürokratie, abgelehnt. Die SAP sieht sich deshalb gezwungen, eine eigene Liste aufzustellen. Unsere Kandidaten, die schon jahrelang die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu deren Zufriedenheit vertreten haben, bürgen dafür, daß sie auch in Zukunft die Sache aller Proletarier wirksam vertreten werden. Wir nennen nur: Felix Unger, Ernst Baumann, Marie Engelmann, Max Benkert, Georg Steudemann, Kurt Dörfel. Wählt am 13. November die Liste Felix Unger und bringt damit zum Ausdruck euren Willen zur Einheitsfront und zur Wiedergesundung der Arbeiterbewegung! Ihr stärkt somit den Druck auf die aktionsunfähigen Arbeiterparteien.

Aufmarsch zur Gemeindeverordnetenwahl in der Lausitz

Der Vorschlag der SAP zur Bildung einer Arbeiterliste

hat Erfolg gehabt in folgenden Orten:

Bischdorf: Die SAP ist mit einigen ihrer tüchtigsten Genossen an der Spitze vertreten. Die Liste enthält außerdem noch SPD-Genossen und einen Unorganisierten.

Luswalde: Auch hier durch Initiative unserer Partei Arbeiterliste zustande gekommen. SAP und SPD sind gleichermaßen vertreten.

Gröbzdahn: Arbeiterliste mit KPD. SPD gibt es seit der Spaltung nicht mehr. Die SAP führt die Liste.

Zittau: Hier ist eine Liste der Betriebslosen gebildet worden. Ein SAP-Genosse hat die Spitze.

In allen anderen Orten sind die Bemühungen zur Bildung einer gemeinsamen Arbeiterliste an diesem Standpunkt der Parteien gescheitert.

Die SAP tritt daher mit eigenen Listen auf in:

- Kamenz:** Kandidaten sind: Rudolf Moschke, Weber; Bruno Faustmann, Schermeister; Fritz Häse, Weber; Anna Renz, Schererin; Erich Wendt, Metallarbeiter; Ernst Micklich, Rauher; Oskar Renz, Ofenbäcker; Alfred Micklich, Weber. Listenverbindung mit der SPD gelungen. KPD hat abgelehnt.
- Löhau:** Kandidaten sind: Kurt Pfitzner, Tischler; Otto Wagenknecht, Angestellter; Alfred Stiefler, Textilarbeiter; Frieda Buchelt, Hausfrau; Emma Gruhl, Textilarbeiterin; Alfred Adler, Maschinenmeister; Walter Kießling, Tischler; Wilhelm Nitzsche, Arbeiter. Listenverbindung mit der SPD gelungen. KPD hat abgelehnt.
- Ebersdorf:** Kandidaten sind: Walter Rudisch, Lackschleifer; Paul Jähne, Werkmeister; Erhard Dunsch, Tischler; Martin Melchior, Steinarbeiter; Alfred Droblov, Tischler; Richard Winkler, Steinarbeiter. Listenverbindung mit SPD.
- Niederunnersdorf:** Kandidaten sind: Alwin Knöschke, Zimmerer; Gustav Hänic, Tischler; Emil Sahr, Dachdecker; Paul Wagner, Arbeiter; Gerhard Schmidt, Weber; Bruno Lange, Schlosser; Emil Liske, Maurer; Paul Vogt, Arbeiter; Edmund Birbaum, Tischler; Alfred Liebe, Arbeiter. Listenverbindung mit der SPD. KPD hat abgelehnt.

Ahlhau: Kandidaten sind: Richard Haase, Textilarbeiter; Willy Böhme, Arbeiter; Willy Krohn, Elektriker; Alfred Andrick, Elektriker. Listenverbindung mit der SPD. KPD hat abgelehnt.

Löhau: Kandidaten sind: Hofffeld, Gemeindevorstand; Lorenz, Lehrer; Bittlich, Angestellter; Wagner, Arbeiter; Steurlich, Arbeiter; Gauder, Arbeiter; Schnieder, Arbeiter; Pfalz, Arbeiter; Hanig, Arbeiter; Tempel, Arbeiter; Böhmer, Arbeiter. Listenverbindung mit der SPD. KPD hat abgelehnt.

Ebersbach: Kandidaten sind: Gustav Hänsel, Eisenbahner; Selma Schauer, Strickerin; Bruno Matthes, Eisenbahner; Alfred Vogel, Kaufmann; Erich Fechner, Bleicher; Emil Kleschitzky, Weber; Max Röthig, Schneider. Listenverbindung mit der SPD. KPD hat abgelehnt.

Cunewalde: Kandidaten sind: Hermann Kutschke, Paul Domschke, Oswald Hennig, Gustav Weigert, Paul Zimmer, Hermann Bier. Listenverbindung mit der SPD. KPD hat abgelehnt.

Obercunewalde: Kandidaten sind: Paul Kunert, Maurer; Gustav Heinze, Maurer; Johann Bräuer, Maurer; Erich Hempel, Zimmerer; Paul Dammler, Arbeiter; Franz Hänschke, Arbeiter; Martin Wendler, Schriftsetzer. Listenverbindung mit der SPD. KPD hat abgelehnt.

Weigsdorf-Köblitz: Kandidaten sind: Karl Thonig, Steinarbeiter; Gustav Schulze, Dreher; Ida Jacob, Fabrikarbeiterin; Hermann Pursche, Steinarbeiter; Oswald Jeremias, Arbeiter. Listenverbindung mit der SPD. KPD hat abgelehnt.

Hirschfelde: Kandidaten sind: Paul Henke, Buchhalter; Elfriede Böhme, Hausfrau; Paul Schmidt, Bauarbeiter; Max Walter, Schwerkrügelbeschädigter; Walter Renz, Maurer; Willy Patzold, Elektriker; Erich Stehr, Arbeiter; Walter Junge, Stellmacher. Listenverbindung mit der SPD. KPD hat abgelehnt.

Hörnitz: Kandidaten sind: Frieda Richter, Willy Scholz, Fritz Matthes. Listenverbindung mit der SPD.

In Ober- und Niederriedersdorf, Oboersdorf, Schönbusch tritt die SAP gleichfalls mit eigenen Listen auf.

Falkenstein i. U.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie Falkenstein i. U. beginnt in den nächsten Tagen mit einem Lehrkursus über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen“. Alle weiblichen und männlichen Personen, welche Interesse haben, daran teilzunehmen, werden gebeten, ihre Anmeldungen schriftlich mit genauer Adresse bis spätestens 15. November d. J. abzugeben. Die Kurssteilnehmer müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Uebungsstunden finden regelmäßig alle 8 Tage unter ärztlicher Leitung im Restaurant „Gambinus“ statt.

Anmeldungen nehmen entgegen: Restaurant „Gambinus“ sowie alle Unfallmeldestellen.

Kamenz i. Sa.

Die SAP hatte auch in Kamenz rechtzeitig die SPD und KPD in einem Schreiben zur Bildung einer proletarischen Einheitsliste aufgefordert. Die KPD lehnte jede Verbindung mit irgendeiner andern proletarischen Organisation und Partei ab und stellte damit praktisch wieder unter Beweis, daß es ihr gar nicht ernst ist mit der Bildung der Einheitsfront. Die SPD erklärte, daß sie wohl mit der SAP eine gemeinsame Liste machen würde, aber es ablehnt, mit der KPD zusammen zu gehen. Alle klassenbewußten Arbeiter sehen daraus wieder, wie wenig die SPD und KPD über ihre Parteigenossen hinaus die großen Aufgaben des Proletariats erkennen können. Die SAP hat nunmehr eine eigene Liste zur Stadtverordnetenwahl aufgestellt. Die revolutionäre Arbeiterschaft von Kamenz muß am 13. November ihre Stimme der SAP geben!

Besonders üble Verleumdungen werden in Kamenz von den SPD-Leuten gegen die Funktionäre der SAP in Umlauf gesetzt. So wird behauptet, verschiedene unserer Kandidaten seien noch Mitglied der Kirche. Wir stellen fest, daß alle Genossen, die auf der Liste der SAP stehen, keiner bürgerlichen Organisation und keiner Religionsgesellschaft angehören und auch nicht angehören dürfen. Vielleicht sehen sich die Proleten einmal die Kandidaten der SPD an. Dort ist es so, wie sie uns vorwerfen. Bürgerlicher Gesangsverein, evangelische und katholische Kirche sind dort Trumpf. Und da schreibt man über die SAPI Prolet, gib ihnen die Quittung, die sie verdienen!

Planitz

Freitag, 11. November, 20 Uhr: Wahlkundgebung und Revolutionsfeier im Volkshaus. Genosse Klaus Zwelling spricht.

Sonntag, 13. November, 20 Uhr: Mitgliederversammlung im Volkshaus. Genosse Otto Seidel, Zwickau, spricht über den Ausgang der Wahlen. Erscheinen ist Pflicht. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Wendischfähr (Elbe)

Die „Volkszeitung für Pirna“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom letzten Donnerstag eine irreführende Notiz über unsern Genossen Pfeifer, der als Spitzenkandidat auf der „Ueberparteilichen Liste der Werktätigen“ kandidiert. U. a. behauptet die „Pirnaer Volkszeitung“, daß Genosse Pfeifer seine Zugehörigkeit zur Sozialistischen Arbeiterpartei „verschleiert“ habe und daß er nur deshalb als Spitzenkandidat nominiert worden sei.

Diese Behauptung ist — gelinde gesagt — un wahr. Im Gegenteil, Genosse Pfeifer hat seine Zugehörigkeit zur SAP nie „verschleiert“. Er hat vielmehr immer und überall sich für Politik der SAP bekannt und auch über seine organisatorische Zugehörigkeit zur SAP keinen Zweifel gelassen. In Wendischfähr gibt es sicherlich keinen Arbeiter, der die zitierte Behauptung der „Pirnaer Volkszeitung“ unterschreiben würde. Nicht mal die Genossen der SPD werden sich zu einer derartigen Behauptung versteigen. Bei der bekannten geistigen Zurückgebliebenheit der Redaktion der „Pirnaer Volkszeitung“ ist es nicht verwunderlich, daß sie zu derartigen Mitteln greifen muß, um für die SPD-Liste Stimmen zu fangen.

Auf der „Ueberparteilichen Liste der Werktätigen“ kandidieren aus unserem Orte größtenteils Arbeiter die mit der „Eisernen Front“ sympathisieren. Daß es in unserem Orte überhaupt zur Aufstellung einer Arbeiterliste kam, hat seine Ursache in der lauen Vertretung der Interessen der Werktätigen durch die SPD im Gemeindeparlament. Es muß auch hier wieder hervorgehoben werden, daß die SPD-Gemeindeverordneten für die Einführung der Bürgersteuer gestimmt haben. Die werktätige Bevölkerung ist deshalb richtig beraten, wenn sie am kommenden Sonntag der „Ueberparteilichen Liste der Werktätigen“ ihre Stimme gibt: Pfeifer, Hebold, Rosenkranz.

Freital, das kleine Wien am Windberg

Freital hat seit der letzten Stadtverordnetenwahl eine sozialdemokratische Mehrheit. In Freital geht der soziale Aufbau vorwärts, denn die Kommunisten können ihn nicht „sabotieren“. In Freital zeigt die Sozialdemokratie, wie sie die Interessen des Proletariats wahrzunehmen versteht.

Wir wollen heute aber über etwas berichten, was uns als SJV Freital besonders angeht, nämlich das städtische Jugendheim. Es ist ein schickes Häuschen im Zentrum unserer Stadt, hat außer Toiletten und Kleiderräumen zwei Zimmer und einen Saal.

Dieses Heim wird von der SAJ gewissermaßen als allseitiges Eigentum betrachtet. So ist auch die SAJ außer einem Sonntag im Monat jeden Sonntag abend in einem Zimmer des Jugendheims. Das andere Zimmer steht leer und der SJV Freital muß seine Heimabende Sonntags in Gasthäusern abhalten.

Wir stellen daher einen Antrag an das Freitaler Jugendamt, damit uns das freistehende Zimmer im Winter überlassen werden sollte. Wir glauben, ein Recht an dieser Porderung zu besitzen, da unsere Heimabende von zwei- bis dreimal mehr Genossen besucht werden, als die der SAJ.

Unser Antrag wurde an das Sozialistische Jugendkartell zur Entscheidung überwiesen. Dieses Kartell „aller sozialistischen Jugendgruppen“ das bereits im vorigen Jahre unser Aufnahmegesuch abgelehnt hatte, weil wir „Spalter“ seien, entschied also unter Vorsitz des SPD-Genossen Heilbut und mit den Stimmen der SAJ und den übrigen reformistischen Jugendgruppen, daß wir nicht ins Heim dürfen. Nett, nicht wahr, wie in Freital städtisches Eigentum verwaltet wird. Aber das ist demokratisch, und vor allem sozialdemokratisch!

Das Jugendamt aber hatte ein milderes Herz. Es bewilligte uns die Benutzung des Heims jeden 5. Sonntag im Monat. Und als wir den Kalender zur Hand nahmen, um zu sehen, welche Sonntage sich als der fünfte des Monats entpuppen, da entdeckten wir, daß wir in diesem Winter nur einen einzigen Heimbabend, nämlich am 29. Januar 1933 abhalten dürfen. Demokratisch, nicht wahr? Auf jeden Fall ist es doch ein netter Scherz im kleinen Wien am Windberg.

Gut, bleiben wir in Gasthäusern. Unsere Genossen werden trotz Not und Arbeitslosigkeit ein Zimmer bezahlen. Die SAJ wird weiterhin unbeschränkter Herr im Jugendheim sein; ein Zimmer steht leer, aber der SJV bleibt ausgeschlossen.

Als man uns die Ablehnung sandte, stand darunter ein Satzchen, das wir schmunzelnd aufnahmen: „Im übrigen werden wir auf Ihren Antrag zurückkommen, wenn später einmal eine allgemeine Neuregelung in der Vergabe der Räume des Jugendheims erfolgen sollte.“

Aha, der 13. November ist nicht mehr fern, und am 14. ist es für immer aus mit dem kleinen Wien am Windberg und mit der sozialdemokratischen Mehrheit. Das weiß der Freitaler, das weiß auch der Vertreter des Jugendamtes. Zuviel haben die Freitaler Arbeiter soziale Maßnahmen schlucken müssen.

Und wenn die SPD-Herrschaft gebrochen ist, dann werden wir hoffentlich gleichberechtigt behandelt werden!

Damit dies geschieht, ist es aber unsere Pflicht, überall für die Listen der SAP zu werben, ist es Pflicht, die Liste der SAP zu wählen! d—o.

KPD-Bürokratie verrät einen Revolutionär der Polizei

Well er Trotzki-Anhänger ist

H. J. Wir sind allerhand von der KPD-Bürokratie gewohnt, aber daß sie einen Märtyrer des Kommunismus, der mit Mühe und Not den Henkern des bulgarischen Faschismus entflohen war, der Polizei preisgibt, das ist wohl noch nicht dagewesen.

Seit etwa einem Jahr wohnte in Frankfurt am Main unter dem falschen Namen „Paul Fischer“ ein bulgarischer Genosse. Anderthalb Jahre Gefängnis hatte er nach dem kommunistischen Aufstand im September 1923 in Bulgarien „wegen Aufrüstung gegen die bulgarische Staatsicherheit“ absitzen müssen, gehörte er doch dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei Bulgariens an. Da er in ähnlicher Weise wie auch Paul Levi an der falschen Putschtaktik der Kommunistischen Internationale Kritik übte, war er aus der KP ausgeschlossen worden.

Im Juni 1923 war nach Sturz einer Bauernregierung durch einen Militärputsch die faschistische Regierung Zankoff-Liaptschew ans Ruder gekommen, die nach faschistischem Muster ihre Existenzberechtigung durch Verfolgung und Ausrottung aller freiheitlich gesinnten und revolutionären Kräfte, insbesondere der kommunistischen Bewegung, zu beweisen suchte. Nach sorgfältigen Feststellungen von Henri Barbusse und Vandervelde sind unter ihrer Schreckensherrschaft etwa 18 000 Menschen ermordet worden. Folter und Gefangenemishandlungen und -ermordungen waren wie im schlimmsten Mittelalter an der Tagesordnung. Eine neue Verurteilung drohte unserem bulgarischen Genossen anlässlich des Attentates auf die Kathedrale in Sofia gegen den König von Bulgarien. Es ist übrigens sehr wahrscheinlich, daß dieses Attentat ein Stück bestellte Arbeit von agents provocateurs war. Zeigte sich doch auch in einem Spionageprozess gegen einen gewissen Drushilowski in Berlin, daß der Berliner bulgarische Gesandte Popow Anweisungen zur Herstellung von Dokumenten gegeben hatte, die beweisen sollten, daß die bulgarische Aufstandsbewegung unmittelbar vom russischen Außenkommissariat, also einer amtlichen Stelle, veranlaßt worden sei. Dieser Verurteilung wegen angeblicher Beteiligung an dem Attentat auf die Kathedrale in Sofia, bei der mit höchsten Zuchthausstrafen oder gar Todesstrafe zu rechnen war, entging der Genosse durch die glücklich gelungene Flucht. Seit 1925 lebt er nun in der Verbannung unter den denkbar ärmlichsten Verhältnissen, zuerst in Oesterreich und Frankreich, wo er ausgewiesen wurde, und zuletzt in Deutschland. Er mußte hier seinen richtigen Namen und seine Vergangenheit verschweigen, lebte unter falschem Namen ohne polizeiliche Anmeldung, und nur seine engsten Freunde wußten um seine Vergangenheit. Er betätigte sich schriftstellerisch und organisatorisch, durch Abhaltung von Kursen usw. im Sinne der Reformierung der kommunistischen Partei. Obwohl er ausgeschlossen war, wurde er der kommunistischen Parteibürokratie so unbehagen, daß sie gegen die Verbreitung seiner Anschauungen kein anderes Mittel wußte, als ihn der Polizei preiszugeben. Die Aktion gegen ihn muß schon von langer Hand vorbereitet gewesen sein. In der Frankfurter Arbeiterzeitung erschien am 14. Oktober 1932 ein langer Artikel dessen Ueberschrift seinen Decknamen Paul Fischer seinem wirklichen bulgarischen Namen gleichsetzt. Damit wurde die Polizei auf ihn aufmerksam gemacht. Der Verhaftung konnte er nur mit knapper Not entgehen. Wir finden keine

Worte, um dieses Verhalten genügend zu geißeln.

Hören wir noch, mit welchen Worten die Arbeiterzeitung über diesen von der Polizei der verschiedensten Länder wegen seiner Gesinnung geätzten Flüchtling, der mehr für den Kommunismus gewagt hatte, als die jene Artikel zusammenstellten, schreibt. Sehr wohl muß den Redakteuren nicht gewesen sein, denn sonst hätten sie es nicht notwendig gehabt, die Hälfte des Artikels mit einer langatmigen Einleitung auszufüllen, die die Führer der SPD und NSDAP in der üblichen Weise als Verräter gleichsetzt. Es heißt dort weiter: „Sie (die Kapitalisten) verwenden in besonders gefährlichen Situationen noch eine dritte Waffe“ (die ersten beiden sollen die Führer der SPD und NSDAP sein). „Sie wollen die revolutionären Reihen auch von innen heraus zersetzen. In unserem Bezirk ist es gelungen, einem solchen Versuch so frühzeitig auf die Spur zu kommen, daß alle Gefahren abgewandt werden konnten.“ Nach einer Erinnerung an Joseph Dünner, der von der KPD sich ausschließen ließ, zur SPD ging und heute in den größten Versammlungen der SPD in theatralischer Weise neben Dittmann und anderen „Größen“ auftritt, heißt es mit Bezug auf Paul Fischer weiter: „In unserem Bezirk treibt sich seit etwa 1/2 Jahren ein Mann herum, der im Interesse des Klassenfeindes die Aufgabe hat, die kommunistischen Kampfesreihen in Unordnung zu bringen. Dieser Mann heißt... (hier folgt wieder sein bulgarischer Name) und ist ein Student aus Bulgarien. Er gehörte früher der kommunistischen Partei Bulgariens an und war sogar Mitglied des Zentralkomitees. Als er Trotzki wurde und die illegale kommunistische Partei Bulgariens ihrer leninistischen Waffen berauben wollte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Nunmehr reiste er in verschiedenen Ländern in seiner Eigenschaft als Vertreter des Trotzkiistischen Zentralkomitees herum. In Wien, in Paris und dann in Frankfurt a. M. entfaltete er seine Tätigkeit. Gegenwärtig gehört er jener Gruppe an, die sich „linke Bolschewiki-Leninisten“ nennt und deren Ziel es u. a. ist — entsprechend der bekannten Einstellung Trotzki's — die revolutionären Arbeiter mit Severing, Weis, Grzesinski u. Co. zu versöhnen.“

Des weiteren wird gesagt, daß durch den Ausschluß Dünners Fischers Verbindungen zur KPD abgerissen seien und er dann in Mainz Schulungskurse für SAP-Mitglieder abgehalten habe. Wenn dem so ist, und es dürfte stimmen, daß nach dem Ausschluß Dünners sein Einfluß auf die kommunistischen Genossen nicht mehr groß war, dann ist der Verrat Fischers an die Polizei selbst vom parteikommunistischen Standpunkt aus nicht zu begreifen. Soll er doch sogar gegen die Aufstellung eigener SAP-Listen und für die Wahl von Kommunisten eingetreten sein. Aber selbst dann noch nennt man ihn einen „konterrevolutionären Trotzkiisten“. Damit ist das Verhalten der KPD-Bürokratie noch unverständlicher geworden, und es erscheint noch verbrecherischer. Man kann es so nur noch als einen persönlichen Racheakt ansehen, der nicht aus politischen, aber erst recht nicht aus persönlichen Gründen zu rechtfertigen ist. Wie schwach muß sich die Bezirksleitung der Frankfurter KPD bei der Verteidigung der „Linie“ fühlen, wenn sie so nervös und verantwortungslos handelt. Das ist ein Zeichen größter Schwäche. Der Begriff Verantwortung existiert scheinbar bei den KPD-Führern überhaupt nicht. Dieser Fall ist ein Symptom dafür, wie krank und aktionsunfähig die KPD in Wirklichkeit ist.

Das größte Schiffshebewerk der Welt

Das Schiffshebewerk Niederflinow, dieses Bauwerk, das die letzte Großtat der Technik bedeutet, ein Weltwunder ohne Beispiel, steht kurz vor der letzten Vollendung. Es fehlen nur noch die elektrischen Einrichtungen, die Beleuchtungs- und Signalanlagen.

Alles andere ist fertig. Zahlen reden die beredteste Sprache. Zwar können nur wenige aus dem ungeheuren Ziffernkonglomerat um dieses Wunderwerk herum herausgegriffen werden, doch selbst diese wenigen Zahlen genügen schon zum Umriss dieses Bildes, das ein Monumentalgemälde der Technik ist.

Um dieses größte Schiffshebewerk der Welt entzünden zu lassen, wurden 1 1/2 Millionen Kubikmeter Erde bewegt, wurden 72 000 Kubikmeter Beton verbraucht, 2000 Tonnen Stahl in ihm eingebaut, 6700 Tonnen Stahl für das Gerüst des Hebewerkes verbraucht.

Die Aufgabe des Schiffshebewerkes ist es, allen 1000-Tonnen-Schiffen, die auf dem Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin reisen, den Übergang von einem Wasserspiegel zu einem 36 Meter höher gelegenen zu ermöglichen.

Ein gigantischer Fahrstuhl für Schiffe also!

Bisher bewerkstelligte eine Kette von Großschleusen diesen Übergang. Es dauerte Stunden und Stunden, und bei der häufigen Ueberfüllung der Treppenschleusen mußten manche Schiffe tagelang warten. Der ganze deutsche Binnenschiffahrtverkehr erlitt dadurch eine riesige Einbuße.

In Zukunft bewältigt das alles in zwanzig Minuten

das Schiffshebewerk, das im Jahre 1926 begonnen wurde und in den nächsten Tagen vollendet sein wird.

Dieser ungeheure Fahrstuhl der 1000-Tonnenschiffe macht von weitem ungefähr den Eindruck eines ungewöhnlich hohen und mächtvollen Bahnhofbaues.

Er gliedert sich in drei große Hauptteile: in das turmartige Hebewerksgerüst, das in ihm liegenden Trög und eine Kanalbrücke, die von dem Hebewerk zum Kanal führt.

In grobem Schema angegeben, handelt es sich also um ein riesenhaftes Haus, in dessen Innenraum ein ungeheures Bassin aufgehängt ist, dessen Seitenflächen zu öffnen sind. Fünf- undachtzig Meter lang ist dieses Bassin, zwölf Meter breit und mehrere Meter tief; 6000 Tonnen Wasser füllen es aus.

Es hängt an 256 Drahtseilen, die an der Spitze des Hebeturmes über große Räder laufen und am anderen Ende Gegengewichte besitzen, die an Gesamtgewicht genau der Last des Bassins entsprechen.

Außerdem ein solches Drahtseil ist eine kleine technische Leistung für sich. Es besteht aus 222 Einzeldrähten von je 2,4 Millimeter Durchmesser. 37 solcher Drähte bilden eine Litze, und sechs solcher Litzen, um eine Art Handachse gelegt, dann das eigentliche Seil. Es kann 150 Tonnen tragen, ehe es reißt. Die an ihnen hängenden Gegengewichte sind mächtige Betonblöcke, die durch einen Zusatz von Eisenspänen besonders schwer gehalten wurden.

Vier Elektromotoren am Bassin treiben je ein kräftiges Stahlrad, das wiederum in je eine sogenannte Zahnstockleiter eingreift und sich an deren Sprossen in die Höhe schleibt. Das Bassin klettert also an vier Zahnstockleitern regelrecht hinauf und herunter. Die Seile mit den Gegengewichten laufen nur mit.

Erstaunlich ist die Geschwindigkeit, mit der das Bassin den 36 Meter hohen Wasserunterschied überwindet. Nämlich in fünf Minuten.

Das größte Wunder aber dieses Werkes, gemessen an seinen gigantischen Dimensionen, ist die Tatsache, daß zwei Mann den ganzen Hebetrieb bewältigen können: ein Bassinführer und ein Gehilfe zur Verriegelung der Bassintore.

Kautschuk aus Azetylen Erfolg der Sowjetwissenschaft

Moskau, 9. November.

Das staatliche Institut für angewandte Chemie berichtet an die Sowjetregierung über einen neuen großen Erfolg der Sowjetwissenschaft, die im Stoßbrigadentempo auf dem Gebiet der Herstellung von synthetischem Kautschuk aus Azetylen erreicht wurde. Der aus Azetylen hergestellte Kautschuk übertrifft in seinen Eigenschaften den synthetischen Kautschuk aus anderen Rohstoffen, beispielsweise aus Spiritus, ja, er übertrifft sogar den natürlichen Kautschuk. Die Herstellungskosten sind bei diesem Kautschuk niedriger als bei der Herstellung aus anderen Rohstoffen, und die ungeheuren energetischen Rohstoffvorräte der Sowjetunion sichern die größte Entfaltung der Massenproduktion des synthetischen Kautschuks aus Azetylen.

Zugentgleisung

vorher gemessen

Wenn auch die jährliche Zahl der Zugentgleisungen auf dem Schienennetz der Deutschen Reichsbahn recht gering ist, so sind doch derartige Unglücksfälle — ganz abgesehen von dem entstehenden Materialschaden — für die Sicherheit der Fahrgäste eine große Gefahr. Alle Aufwendungen, die zu einer Verminderung derartiger Störungen führen können, sind als nicht zu hoch anzusehen, wenn es gelingt, den erwünschten Zweck zu erreichen. Bei früheren Nachforschungen nach den Ursachen von Zugentgleisungen wurden einige sehr wichtige Anhaltspunkte gefunden, die geeignet erschienen, durch Messungen am Gleiskörper — schon vorher — die gefährdeten Stellen festzustellen. Es fehlte jedoch immer an einer Meßapparatur, die eine Feststellung der Fehlerquellen an dem Gleiskörper (mit der hier notwendigen Genauigkeit) ermöglichte.

Man muß nämlich bedenken, daß hier viele tausende Kilometer Schienenweg zu untersuchen sind, und daß jeder Zentimeter dieser großen Schienenlänge auf Abweichungen nachgemessen werden muß, die Bruchteile eines Millimeters betragen. Das allein erscheint schon unlösliche Schwierigkeiten zu bieten. Aber die Messung wird noch dadurch erschwert, daß zur Herbeiführung betriebsgemäßer Bedingungen diese Feinmessungen bei Geschwindigkeiten bis zu 35 Kilometern pro Stunde durchgeführt werden müssen, wenn sichere Anhaltspunkte für eventuelle Gefahrenstellen gefunden werden sollen.

Durch Zusammenarbeit der Reichsbahn mit dem Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung, an der Technischen Hochschule Berlin, gelang es, eine Meßeinrichtung zu entwickeln, die in zwei C1-Lokomotiven eingebaut wurde, und mit denen man auf der Strecke Berlin-Güsten und auf den Bahnhöfen Borg und Belzig Meßfahrten unter-

nommen hat. Die Meßeinrichtung besteht aus mehreren kleinen Eisenkästen, in denen Einrichtungen eingebaut wurden, die das Ausweichen der Schienen unter dem Druck der Lokomotivräder bei hohen Geschwindigkeiten auf Bruchteile eines Millimeters aufzeichnet und auch gleich das Verhalten der Wagenfederung schriftlich festlegt. Die Versuche sind gut gelungen und in Kürze werden durch ganz Deutschland kleine Kästen über die Schienen gefahren, die alle Unfallstellen im voraus anzeigen.

Das sind eure Götter

In Usqua-Fiord, im nördlichen Teil von Grönland, hat sich den Eskimos ein neuer Gott offenbart. Ein wagemütiger Eskimo hat diesen Gott von einer langen gefährlichen Reise nach dem Süden mitgebracht. Dieser Gott der Eskimos von Usqua-Fiord ist ein ganz normaler Kanarienvogel. Er genießt göttliche Verehrung, weil die Eskimos noch nie Kanarienvögel gesehen haben. Von diesem unscheinbaren Ereignis aus lassen sich reizvolle Parallelen zur Entstehung der Gottesvorstellung auch in unseren Breiten ziehen. Die Eskimos beten einen Kanarienvogel an, weil sie Kanarienvögel noch nie sahen, die Europäer beten unsichtbare Götter an, weil noch nie ein lebender Mensch einen unsichtbaren Gott sah. Der grönländische Kanarienvogelgott erinnert in lästerlichster Weise an das Auf-tauchen anderer Gottheiten.

Die Papen auf dem Hugenberg

Wie wir erfahren, ist die Nichte des rühmlich durch die Papenheringe bekannten Reichskanzlers von der Uffe des Herrn Hugenberg als Sekretärin für den Film „Es leuchtet die Porta“ engagiert worden. Wer den Papen zum Vetter hat...

Stalins Frau gestorben

Moskau, 9. November.

Die Gattin Stalins, Nadezda Sergejewna Allilujewa, ist heute gestorben. Sie war Stalins zweite Frau.

25 Menschen

bei einem Gewitter getötet

Havanna, 9. November.

Bei einem heftigen Gewitter in den Provinzen Santa Clara und Camaguey sind 25 Personen ums Leben gekommen und viele verletzt worden.

Zug rast

in Streckenarbeiter-Gruppe

London, 9. November.

Auf der Strecke Tring-London fuhr ein Zug bei Wafford in eine Gruppe von Streckenarbeitern hinein. Fünf Arbeiter wurden getötet, zwei verletzt.

Das „elektrische Herz“ des Elsaß



Das neuerbaute Kraftwerk in Kembs, das nach seiner Inbetriebnahme den größten Teil des Elsaß mit Strom versorgen wird.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

„Schmeichle mir bitte nicht, Andrej Ssemjonowitsch.“ Unfreundlich sagte ich es, aber in meiner Stimme sang Wärme. „Ich sehe dich sehr genau. Ich werde dir deine Gleichgültigkeit den Menschen gegenüber nicht verzeihen: du lebst und atmest nur für diese Tiere, für die Wirtschaft, hier bist du ein Dichter. Und worunter leiden die Menschen, die Kinder besonders — weil doch die Kinder das Eigentum der Kommune sind, wie du gerne zu sagen pflegst... Die Kinder entbehren diese Liebe, diese Aufmerksamkeit... Du spürst nicht nur die Menschen nicht, die gleichzeitig mit dir das neue Leben bauen, auch dich selbst spürst du nicht. Du vernachlässigst dich selbst, dein persönliches Leben ist unatürlich, widersinnig, es riecht übel nach Faulnis. Für manches achte ich dich sehr. Für anderes hasse ich dich aber. Man müßte dich selbst noch in einen Kindergarten stecken und dich nach allen Regeln unserer Ideologie erziehen. Schluß. Punktum. Ich will nicht länger hier bleiben. Ich habe genug.“

Er schwieg und schien zu warten, was ich noch alles sagen würde. Die Falten auf seinen Wangen vertieften sich, wurden schärfer und härter. Er duckte sich und zog fröstelnd den Mantel zusammen. Es kam mir vor, als wolle er sogar den Kragen aufstellen. Er blickte wieder mit gewohnter, besorgter Nächdenlichkeit auf den Boden, unter die Füße. Ich merkte aber, daß er bestürzt und verlegen war.

So schritten wir schweigend und entfremdet über den Hof, traten wieder auf das klebrige feuchte Gras und blieben beide plötzlich

ohne die Kraft zu haben, uns voneinander zu trennen, stehen. Der Himmel war graubraun, naß, niedrig und kalt. Nebeliger Frost schwamm in der Luft, meine Haare wurden schwer. Es roch nach Sumpf, nasser Erde und nach der scharfen Faulnis toten Unkrautes. Unter den Füßen war es muffig und moorig. Es schien, als flösse unser ganzer Hügel langsam und ekelhaft, wie eine süßliche Flüssigkeit den Abhang hinunter. Die Ziegelmauern des langen Gebäudes der mechanischen Werkstatt schimmerten rot. Die großen Fenster glänzten in aufleuchtenden Lichtern. Dampf dröhnte die Seufzer des metallenen Klirrens. Mir war, als erblicke ich zum erstenmal über der Getreide- und Oelmühle den schlanken hohen Schornstein mit dem Strahlennetz der Drähte, die von seiner Mitte stiel hinunter streben. Grüner Rauch flog weich und flaumig in die unklare lila Ferne, in die Sümpfe und die langgezogene Gebirgskette hinter der Ebene. Die straffen, hohen Radiomasten auf dem Klub strebten stürmisch zum Himmel. Und die Radiomasten und die Flächen der Mauern und die Rauchwirbel richteten mich wieder auf. Ruhe, Sicherheit und Zuversicht kehrten wieder in meine Seele. Nein, ich bin ungerecht gegen Wjetrow. Hier in diesem wilden Loch, wo noch vorsintflutliche böse Geister hausen, wo Sümpfe faul sich recken, wo Bauernhöfen im Gestank des urgroßväterlichen Geistes untergehen, hier erhebt sich keck und dreist die neue menschliche Arbeit. Nein — ich bin schlecht und dumm.

„Sei nicht böse, Andrej Ssemjonowitsch. Ich möchte, daß alles herrlich und harmonisch sei.“

Ganz unerwartet packte er mich, hob mich hoch und trug mich wie ein kleines Kind auf den Armen.

Er zitterte plötzlich am ganzen Körper unter dem Ansturm von etwas Großem, ihn Erschütterndem, das in seinen Augen aufflamte. Dann ließ er mich vorsichtig hinter sich gleiten, stieß mich von sich, wandte sich ab und schritt rasch der mechanischen Werkstatt zu, in deren Fenstern Lichter zuckten.

Fast wäre ich mit Luscha zusammengestoßen. Wie immer ist ihre Gestalt biegsam,

ihre Augen sind kausch wie bei einem jungen Mädchen, doch glänzt ein heimlicher Seufzer in ihnen. Ihre Stirn ist rund wie bei einem Kind, die Lippen sind weich, unruhig und gierig sie drängen sich Küssen entgegen. Alles an ihr atmet gesunde Sinnlichkeit. Ihr Haar ist lüppig und dicht. Die langen Zöpfe liegen in breitem Knoten tief im Nacken. Ein weißes Tuch legt sich schön, wie ein Turban, um den Kopf, und wie die Flügel einer Mäwe flattern seine Enden über dem geraden Rücken. Sie ist die Frau des Sekretärs des Kommunardes, Guljaka.

„Ich gehe in die Werkstatt, Liebste. Die Gauner dort werden mit den Möbeln für den Speiseraum nicht fertig... In einemfort wird von der Kultur des Alltags geredet, aber um den Speiseraum kümmert sich niemand. Ach, Galja, wir leben ja doch nur einmal... nicht umsonst blühen die Blumen im Frühling...“

Ihre zuckerweißen Zähne glänzten. Ich wunderte mich nicht, als sie mich weich und glerig küßte. Ihre Augen, wissend und lustern, liebkosten mich und überfluteten mich mit frauenhafter Lebensfreude.

„Spuck auf alle, mein goldenes Aehrlein... soll mans nur sehen, soll man nur klatschen und schimpfen. Wenn ich Lust bekomme, dann öffne ich Herz und Seele... Jetzt mach ich Papierblumen für den Speiseraum... Das kann ich gut... und tue es leidenschaftlich gern. Hast du gehört, daß man meinen Guljaka fortschickt zum Lernen... irgendwelche Kurse soll er besuchen... Dumm bin ich, Galjenka, liebe... einen Kummer habe ich, einen großen Kummer... daß ich kein Kind bekomme... Zu allem war ich fähig, um nur einmal ein Kind zu bekommen... Manchmal möchte ich meinen Guljaka erwürgen... manchmal kann ich ihn nicht einmal anschauen...“

Ich fühlte, wie mir das Blut im Gesicht brannte. Ich ärgerte und schämte mich, als hätte man mich bei einem Diebstahl erwischt. Luscha hatte gesehen, wie Wjetrow mich auf den Armen trug, in ihren Augen war aber nichts vom unsauberen Spott einer Klatschbase zu merken. Trotzdem war es mir peinlich: die Weiber werden nun ihre Zünglein wetzen, und die dunkle Dämmerung unserer

Winkelchen und Ecken wird zu raschem beginnen. Ich packte Luscha verlegen und wirt an der Jacke, am Arm, an der Bluse.

„Du hast es gesehen, Luscha? Das war ganz unerwartet... ich habe ich auch nur das Geringste gemerkt... es ist auch nichts los... und wird nichts sein... Ich will es gar nicht... Ich empfinde nichts anderes als kameradschaftliche Freundschaft für ihn.“

In ihrer sanften Stimme, die melodisch und frisch war, saßte Herzlichkeit und irgendeine innere Weisheit einer jungen, kräftigen Gesundheit.

„Mach dir keine Gedanken, Liebste... Klatsch gärt nur bei heidischen Frauenzimmern. Wo Neid ist, gibt's Klatsch. Und worauf sollte ich denn neidisch sein? Ich bin schön und gesund und fröhlich... Nur eins fehlt mir in meinem Leben... Schau, ich hab doch meinen Petjka lieb, er ist doch ein patenter Kerl... würde ich aber einem anderen begegnen, der mir gefiele, ich würde nicht lange nachgrübeln...“

„Wirklich. Was redest du, Luscha? ... Wie einfach das alles bei dir ist!“

„Warum nicht? Ist das denn Sünde? ... Bin ich denn eine taube Blüte? Es kann doch sauber, ohne Schmutz...“

Sie erschrak plötzlich. „Nein, nein, ich lüge, Galja... Wir Weiber sind zu anhänglich... das ist nicht gut... Nur mag ich keine taube Blüte bleiben...“

Sie preßte sich an meinen Arm, und wieder blitzten ihre Zähne. Zärtlichkeit für sie flammte in mir auf, und ich umarmte sie. „Luscha, liebe Luscha! ... Vielleicht hast du recht... Ich verstehe nichts davon... Bei ihr ist's immer so: sie kann keinen Schritt tun ohne zärtliche Unruhe.“

„Und du, Galja, du sollst lieben... lieben... lieben... Das Leben ist doch — wenn man das Herz danach fragt — schön und voller Freude... Besuch mich doch, Liebste... schau dir mal meine Blumen an!“

Sie verließ mich mit raschen Schritten, und selbst die dicken Falten ihres wattierten Mantels konnten die gesunde Schönheit ihres Körpers nicht verdecken.

(Fortsetzung folgt.)

Meinungsfreiheit und freiwilliger Arbeitsdienst

Diese kurzen Darlegungen sollen keinen Anspruch darauf erheben, den freiwilligen Arbeitsdienst mit seinen Begleiterscheinungen erschöpfend behandelt zu haben, sondern sollen nur den Grad der „Meinungsfreiheit“ innerhalb der Gewerkschaften kennzeichnen.

In der letzten Sitzung des Ortsausschusses des ADGB Zeitz wurde nach Behandlung verschiedener anderer Fragen das Gebiet des freiwilligen Arbeitsdienstes geschildert. Der Sekretär des Gewerkschaftskartells, der diese Dinge behandelt, vertrat den Standpunkt: „Auf Grund der Ausdehnung, die der freiwillige Arbeitsdienst angenommen habe, könne man der Angelegenheit nicht mehr länger ablehnend gegenüberstehen, sondern man habe die Verpflichtung, sich in die Dinge hineinzuknien und zu versuchen, dieselben zu beeinflussen. Aus diesem Grunde hätten sich die verschiedensten Arbeiterorganisationen zusammengeschlossen zu einer Korporation unter dem Titel „Soziale Hilfe für erwerbslose Jugend“.

Als ausgesprochener Gegner des freiwilligen Arbeitsdienstes habe ich versucht, die angeführten Argumente zu entkräften und den Delegierten an Hand von Beispielen zu zeigen, daß der freiwillige Arbeitsdienst in seinen Grundzügen eine

Vorbereitung der Jugendlichen zum Militarismus

ist, und in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen eine Ausführung der betreffenden Arbeiten zu unentgeltlicher Entlohnung bedeutet. Wie wenig diese Dinge von den Gewerkschaftsvertretern erkannt werden, zeigt zur Genüge die Gegenwart. Die beiden anschließenden Diskussionsredner glaubten die Auffassung des ADGB stützen zu müssen, ausgerechnet Kollegen, die in Lohn und Brot stehen und die Arbeitslosigkeit aus eigener Erfahrung noch nicht kennen gelernt haben. Bezeichnend ist dabei die Auffassung des Kollegen „Wenzel-Buchdrucker“, der meint, der ADG habe das beschlossen und dann hätten wir die Verpflichtung, das durchzuführen. Er ist also der Auffassung, daß ein Kommando von oben herab genügen müsse, um alle anderen Ansichten im Keime zu ersticken. Dieser Untertanengeist ist unserer Auffassung nach für die Hitler- oder Stahlhelmbewegung gut, für die freie Gewerkschaftsbewegung verhängnisvoll.

Meinungsfreiheit und keinen Meinungsterror

Um meine Gedankengänge unter die Berufskollegen zu bringen, habe ich sie in einem Artikel zusammengefaßt und der Redaktion meiner Verbandszeitung überreicht. Da mir die Einstellung der betreffenden Instanzen nicht unbekannt war, habe ich ersucht, den Artikel ungekürzt zu bringen, mir andernfalls denselben zurückzusenden. Zur eigenen Beurteilung der Leser lasse ich den eingesandten Artikel im Wortlaut folgen:

„Soziale Hilfe für erwerbslose Jugend“

Wenn man den Titel liest, könnte man nach oberflächlicher Beurteilung der Auffassung sein, daß sich endlich jemand gefunden hat, der erwerbslosen Jugend zu helfen. Es ist deshalb auch gar nicht verwunderlich, daß sich die verschiedensten Organisationen, die auf dem Boden der freien Arbeiterbewegung stehen, zusammengeschlossen haben, um sich dieser Arbeit zu unterziehen. Den Willen der Führer, hier Abhilfe zu schaffen, in allen Ehren, nur glaube ich nicht, daß dies der richtige Weg dazu ist. Es sollte Aufgabe aller Arbeiterorganisationen sein, mit aller Entschiedenheit, bis zur letzten Konsequenz, als Gegner des freiwilligen Arbeitsdienstes aufzutreten. Schon deshalb, weil jede Arbeit, ganz gleich welcher Art, die im freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt wird, nicht mehr zu Tariflöhnen ausgeführt werden kann. Der freiwillige Arbeitsdienst also zur Schmutzkonkurrenz wird.

Das Argument, daß dann verschiedene Arbeiten nicht in Angriff genommen würden, kann hier kein stichhaltiger Grund sein. Man soll sich nur eins vergegenwärtigen: Ein Gewerkschaftler, der bereit ist, im Betrieb bei unentgeltlicher Entlohnung zu arbeiten, würde als Schädling der Gewerkschaftsbewegung hingestellt werden. Auf der anderen Seite findet man sich damit ab, arbeitslose Jugendliche für Hungerlöhne arbeiten zu lassen. Wenn man nun der Auffassung ist, daß man sich dem freiwilligen Arbeitsdienst (auf Grund des Umfangs, den er bereits angenommen hat) nicht länger ablehnend gegenüber verhalten kann, so muß man sich schon der Mühe unterziehen, den Ursachen nachzugehen, warum es überhaupt soweit kommen konnte. Dadurch, daß man den erwerbslosen Jugendlichen jegliche Unterstützung entzogen hat, mußte es zu den heutigen Zuständen kommen.

Es soll sich nur jeder, der in geordneten Verhältnissen lebt, einmal in die Lage eines jungen Menschen hinein versetzen, der, um die geringsten persönlichen Bedürfnisse bestreiten zu können, sich erst an die Eltern oder Geschwister wenden muß.

Wie niederdrückend das auf die Dauer auf einen Menschen wirken kann, brauche ich wohl nicht näher zu erläutern. Jetzt sind wir nur, so weit, daß wir Kollegen stellen sollen, die in Zukunft die Anreize im freiwilligen Arbeitsdienst abgeben sollen. Es kann nicht genug davor gewarnt werden. Wir haben die Verpflichtung, die Jugendlichen über den Charakter des freiwilligen Arbeitsdienstes auf-

zuklären, mit allen den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Mitteln Verhältnisse zu schaffen, die unsere erwerbslosen jugendlichen Klassengenossen nicht in die Arme des freiwilligen Arbeitsdienstes hineintreiben. Wenn wir wissen, daß der freiwillige Arbeitsdienst ein Vorläufer der Arbeitsdienstpflicht ist, so haben wir gar keine Ursache, uns unsere eigenen Lohndrücker zu züchten.

Das war mein Artikel. Nach einigen Tagen bekam ich den Artikel von der Redaktion des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes zurück. Der Redakteur teilte mir mit, daß er den Artikel ablehnen müsse, da er nach „seiner Auffassung“ alles andere als eine befriedigende Kritik darstelle. Lachen da nicht die Hühner? — oder — Ist das Meinungsfreiheit oder Meinungsterror?

Daß die Kollegenschaft ohne die Beeinflussung der Gewerkschafts- oder Parteiangestellten anders über die Frage denkt, sei hier an einigen Beispielen gezeigt. Auf der Bezirkskonferenz des Sattlerverbandes für Sachsen-Anhalt, abgehalten in Dessau, spielte ebenfalls die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes eine Rolle. Trotzdem der anwesende Gauleiter die Auffassung des ADGB zu stützen suchte, wurde eine eingereichte Resolution, welche von der Hauptverwaltung unterschiedenes Auftreten gegen den freiwilligen Arbeitsdienst verlangt, von zwölf Delegierten mit elf Stimmen bei einer Stimmeneinheit angenommen. Wesentlich trug dazu bei die Schilderung des Kollegen Essert-Dessau über die militärische Aufmachung des freiwilligen Arbeitsdienstes in Anhalt.

Eine zweite Resolution, die sich gegen die Bevormundung der Redaktion sowie die Unterbindung der Meinungsfreiheit richtet, wurde mit sechs gegen fünf Stimmen angenommen. Trotzdem die Kollegen restlos der Eisernen Front angehörten, war dieses erfreuliche Ergebnis zu verzeichnen. So und nicht anders muß es sein.

Präfektensystem statt Selbstverwaltung

Preußenkommissar Bracht beseitigt die letzten Reste der kommunalen Selbstverwaltung

Der Preußenkommissar Dr. Bracht hat vor einiger Zeit eine neue Gemeindefinanzordnung erlassen, von der man behaupten kann, daß sie praktisch das Ende der letzten Restbestände der Selbstverwaltung bedeutet. Die neue Verordnung gibt dem Gemeindevorstand, das heißt dem Oberbürgermeister, das Recht, bei der Beratung des Haushalts gegen die Beschlüsse der städtischen Kollegien Widerspruch zu erheben. Ebenso hat bei der Magistratsverfassung der Vorsitzende das Recht des Widerspruchs. Erfolgt der Widerspruch, so dürfen alle Änderungen, gegen die sich der Widerspruch richtet, im Etat nicht aufgenommen werden. In der Praxis bedeutet die Durchführung dieser Gemeindefinanzordnung, daß der Oberbürgermeister bei der Festlegung des Etats allein ausschlaggebend ist.

Die Finanzordnung besagt weiter, daß in allen Fällen, in denen bis zum 31. Mai des Haushaltsjahres eine Etat-Verabschiedung nicht möglich war, der Oberbürgermeister das Recht hat, den Haushaltsplan allein festzusetzen. Bei den heute verworrenen Verhältnissen in der Finanzgebarung der Kommunen und den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Haushaltsplanes ist mit dieser Verzögerung stets zu rechnen, und die Festsetzung des Haushaltsplanes kann auf diese Art der Gemeindevertretung immer entzogen werden.

Was von dieser neuen Gemeindefinanzordnung in Preußen zu erwarten ist, das geht insbesondere aus einem Artikel des Essener Stadtkammerers Dr. Hahn, also eines Kollegen des Vaters dieser neuen Gemeindefinanzordnung, hervor. Dr. Hahn schreibt in der Essener Zentrumsprelle unter anderem folgendes:

„Ich halte es für einen grundsätzlichen Fehler, daß der Gemeindevorstand durch diese Vorschriften in einen Gegensatz zur Vertretungskörperschaft gebracht wird. Die Selbstverwaltung einer Gemeinde besteht organisch aus Gemeindevorstand und Gemeindevertretung; beide ergänzen sich und bilden zusammen die Selbstverwaltung, an der nicht nur die Gemeinde, sondern auch der Staat in seinem eigensten Interesse festhalten sollte. Deshalb darf der Gemeindevorstand nicht zum Vollzugsorgan des Staates gemacht werden, wie es in der Finanzordnung zum Ausdruck kommt. Man kann deshalb den Gedanken nicht los werden, daß die Regierung doch mehr dem Präfektensystem zuneigt, als der Erhaltung einer wirklichen Selbstverwaltung.“

In diesen Darlegungen eines Essener Kollegen des Herrn Bracht, der ja bekanntlich vor seinem Amtsantritt in Preußen Oberbürgermeister der Stadt Essen war, liegt das glatte Zugeständnis, daß in den preußischen Städten und Gemeinden das System der Selbstverwaltung — soweit davon überhaupt

Wirken in der Arbeiterbewegung keine Vorgesetzten, wir kennen nur Kollegen.

Und ein Kollege soll und darf nicht mehr Rechte und Pflichten haben als der andere. Wenn sich einmal die Arbeiterschaft über die Parteibanden hinwegsetzt, und jeder sich selbst die Mühe macht, über alle Ereignisse nachzudenken, dann wird und muß es vorwärts gehen in der Arbeiterbewegung. Nicht SPD, nicht KPD allein sind in der Lage, den Kapitalismus mit all seinen Begleiterscheinungen zu beseitigen, das kann nur das Werk der gesamten Arbeiterklasse sein. Wenn es deshalb Ernst mit dieser Aufgabe ist, der hat auch die Verpflichtung, sich danach einzustellen. Führerämter und Unfehlbarkeit der Ansehung der Führung sind bestimmt nicht dazu angetan.

In der letzten Mitgliederversammlung des Sattlerverbandes, wo der Bericht über die Bezirkskonferenz gegeben wurde, herrschte große Mitstimmung über das Verhalten der Redaktion. Die Aussprache über den freiwilligen Arbeitsdienst insbesondere wurde später von einem Kollegen in Form einer Protestresolution eingereicht.

Resolution: „Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Zeitz im Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband protestiert aufs energischste gegen das Verhalten der Redaktion der Verbandszeitung. Die Ablehnung des vom Kollegen Lindner geschriebenen Artikels, betitelt „Soziale Hilfe für erwerbslose Jugend“, bedeutet eine Unterbindung der Meinungsfreiheit in der Organisation.“

Auch dieser Protest wurde von einem Kollegen, welcher der Eisernen Front angehört, eingereicht.

Da es mir nicht möglich ist, als Vorsitzender der größten Zahlstelle des Sattlerverbandes im Mitteldeutschen Gau meine Auffassung in der Verbandszeitung klarzulegen, habe ich auf diesem Wege versucht, meine Gedankengänge hier wiederzugeben.

Willy Lindner, Zeitz.

Streik im Ruhrgebiet

Essen, 9. November. Dem Essener Wohlfahrtsarbeiterstreik, der bis jetzt 2500 Arbeiter erfaßte, haben sich drei weitere Baustellen angeschlossen. In der Belegschaftsversammlung wurde einstimmig beschlossen, wegen der gleichen Forderungen die Arbeit niederzulegen. Sämtliche Baustellen wurden nach Bekanntwerden des Streiks von der Polizei besetzt. Von der Stadtverwaltung wurden 20 Wohlfahrtsarbeiter gemäßigelt. Trotz der behördlichen Schikanen sind die Streikenden aber gewillt, vom Kampf für ihre Forderungen nicht abzulassen.

noch die Rede sein konnte — aufgehört hat zu existieren und an seine Stelle das Präfektensystem getreten ist.

Streikerfolg

Auch in Recklinghausen-Süd sind 500 Wohlfahrtsarbeiter in den Streik getreten, um ihren Forderungen bei der Stadtverwaltung Nachdruck zu verschaffen. Sie hatten sich die Erkenschwicker und Dattelner Wohlfahrtsarbeiter zum Beispiel genommen, die um warme Winterkleidung und Schuhe in den Ausstand getreten waren. Infolge ihres einigen und geschlossenen Verhaltens sah sich die Stadtverwaltung bald genötigt, ihren Forderungen nachzugeben.

Streik der Asphaltreue

Dortmund, 9. November. Die Dortmunder Asphaltreue befinden sich seit zwei Tagen im Streik für eine Erhöhung ihres Stundenlohns von 10 bis 20 Pfennig. Die Unternehmer versuchten Arbeitslose zu Streikbrecherdiensten anzuwerben. Diese erklärten sich aber mit ihren streikenden Kollegen solidarisch.

Erfolgreicher Streik der Essener Heizungsmonteure

In der Branche der Heizungsmonteure ist seit dem 1. Mai d. J. ein tarifloser Zustand. Dieser Umstand wurde von den einzelnen Unternehmern dazu ausgenutzt, bei erbarmlichsten Arbeitsbedingungen die miserabelsten Löhne zu zahlen. Zwecks Abschluß eines Lohn-Manteltarifs von 1,12 Mark Stundenlohn sind nunmehr sämtliche Essener Heizungsmonteure in den Streik getreten. Eine Firma hat bereits kapituliert und den Forderungen der Arbeiter nachgegeben. Der Streik scheint daher, auch ohne das schändliche Verhalten von acht christlich organisierten, die trotz des einheitlich durchgeführten Streiks auf ihrer Baustelle blieben, erfolgreich zu sein.

RGO-Unsinn

Von Mannheim schreibt uns ein Genosse: Wie die sogenannte RGO- und die KPD- Presse sich lächerlich macht, eine wirklich revolutionäre Gewerkschaftsopposition diskreditiert und es den Reformisten leicht macht, billige Triumphe zu feiern, zeigen die Vorgänge bei dem unlängst stattgefundenen Streik in der Schiffswerft in Mannheim. Der Streik über dessen Einzelheiten ich hier nicht berichten will, wurde geführt vom Metallarbeiterverband. Er endete jedoch nicht mit einem Erfolg. Die in Mannheim erscheinende kommunistische „Arbeiterzeitung“ hielt es für notwendig, über den Streik zu berichten und in der unangemessenen Weise gegen die Verbandsleitung öffentlich Stellung zu nehmen, obwohl sie, wie ihre eigenen Artikel zeigten, auch nicht die geringste Ahnung von den Vorgängen beim Streik hatte. Es wurde da in der „Arbeiterzeitung“ berichtet, daß während des Kampfes der Bevollmächtigte des BMV aus einer Verhandlung mit der Schiffswerft-Direktion in eine Streikversammlung gekommen wäre und dort erklärt hätte, der Streik sei gewonnen. Dabei hätte er verschwiegen, daß sämtliche Arbeiter neu eingestellt werden sollen. Die Arbeiter hätten darauf die Arbeit aufnehmen wollen, und als sie erfahren hätten, daß sie neu eingestellt werden sollten, den Betrieb wieder verlassen. Es wurde weiter berichtet, der Bevollmächtigte hätte in der Versammlung mit einem gefälschten Brief eines Unorganisierten, der sich angeblich der Firma zu jedem Lohn angeboten hätte, operiert.

Der sozialdemokratischen „Volksstimme“ war es nun ein Leichtes, diese Behauptungen als völlig unwahr zu widerlegen, daß z. B. umgekehrt der Streik nach der erwähnten Verhandlung deshalb nicht abgebrochen, sondern seine Weiterführung beschlossen worden sei, weil der Bevollmächtigte berichtet hätte, daß alle Arbeiter neu eingestellt werden sollten.

Den Beweis für ihre völlig unwahre Berichterstattung lieferte die „Arbeiterzeitung“ in Folgendem selbst. Sie schrieb am 25. Oktober:

„Hätte der Streik in der Mannheimer Schiffswerft in den Händen der RGO gelegen, dann hätte der Streik keineswegs mit einer Niederlage geendet.“

Tags darauf schrieb die „Arbeiterzeitung“ unter der Ueberschrift „Einige kritische Bemerkungen zu den Streikämpfen im Bezirk Baden/Pfalz“:

„Der Betrieb Schiffswerft stand restlos unter reformistischem Einfluß. Die (kommunistische) Parteiorganisation, die diesen Betrieb zu bearbeiten hat, hat weder in der Vorbereitung noch in der Durchführung des Streiks sich mit allen Kräften um die Belegschaft bemüht. Ja, den Genossen ist noch nicht einmal das Streiklokal und die verschiedenen Streikversammlungen bekannt gewesen.“

Also die RGO und auch die KPD-Genossen wußten überhaupt von nichts. Sie wußten nicht einmal das Streiklokal und wann und wo die Streikversammlungen stattgefunden haben. Das mag an irgend welchen Zufälligkeiten gelegen haben. Wenn dem aber so ist, dann hätte die RGO bzw. die „Arbeiterzeitung“ alle Veranlassung gehabt, entweder nur über die aus der übrigen Presse bekannten Tatsachen zum Streik zu berichten oder — ganz zu schweigen. Statt dessen wurden unsinnige und direkt verlogene Berichte von irgend wem fabriziert und so die revolutionäre Opposition lächerlich gemacht; diskreditiert und die Möglichkeit geschaffen, daß die nächste Belegschaftsversammlung der Schiffswerft einstimmig gegen die Schreibweise der Arbeiterzeitung protestierte und der reformistischen Verbandsleitung das Vertrauen aussprach.

Das ist ein Musterbeispiel über die unsinnige Arbeit der RGO und der Berichterstattung in der KPD-Presse. Die armen RGO-Kollegen haben dann diese Unsinnsigkeiten in den Versammlungen auszubaden. Wenn sie angesichts derartiger Heldenstücke ihrer obersten Strategen in den Versammlungen begrifflicher Weise lieber schweigen oder gar vor den Reformisten zurückweichen, dann werden sie noch obendrein wegen „feigen Verhalten gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie“ gerüffelt.

Richtigstellung. Von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Breslau wird uns zu dem gesagten Bericht in der „SAZ“ „Die Breslauer Metallarbeiter lehnen ab“ mitgeteilt: Es stimmt nicht, daß die Kollegen Ziegler und Kuhnert in der Mitgliederversammlung gesagt haben, es erscheine fraglich, ob der DMV-Vorstand die Sanktion zum Streik geben würde. Eine solche Äußerung ist weder gefallen, noch entspricht sie den Tatsachen.

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Freitag, 11. November
8.15 Uhr
Der Zigeunerbaron

Kleine Anzeigen
in der SAZ sind
erfolgreich
und billig!

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistisches Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Scheibitzky AG., Breslau, Neus Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Trepp., Telefon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gehrt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Trepp., Telefon 206 02.